

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 181 SONNTAG, 29. Nov. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Stimme des Weltgewissens
Danzig — die nächste Etappe
Spanische Inquisition
Wo liegt der Rechenfehler?



Die weltpolitische Machtverschiebung

Alarmierende Vorstöße der Brandstifter

Neuer Vertragsbruch Deutschlands durch einseitige Aufhebung der Versailler Bestimmungen über die deutschen Wasserstraßen und den Kieler Kanal; Anerkennung der spanischen Rebellengenerale als legale Regierung; Abschluß einer deutsch-japanischen Vereinbarung über gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus; schließlich der Beschluß des Großen Faschistenrats, die Aufrüstung Italiens mit allen Mitteln zu beschleunigen und zu verstärken — das sind die inhaltsschweren Botschaften einer einzigen Woche. Die apokalyptischen Reiter reiten schnell...

Jede einzelne Nachricht ist bedeutsam genug; aber erst ihr Zusammenhang ergibt die unheimliche Wirkung der von den Diktaturen immer deutlicher vorbereiteten künftigen Kriegskonstellation.

Die geringste materielle Bedeutung hat noch der diesmalige deutsche Vertragsbruch. Die Versailler Bestimmungen statuierten im wesentlichen nur die Gleichberechtigung aller Uferstaaten für ihren Handel und Transport; soweit sich Deutschland durch einzelne Regelungen beschwert fühlen konnte, waren Verhandlungen im Gange, die kurz vor ihrem Abschluß standen. Daß dieser für Deutschland recht befriedigt war, hat der deutsche Verkehrsminister erst vor kurzem mit großer Genugtuung festgestellt. Zudem erklärt die deutsche Regierung, daß sie die wichtigsten Bestimmungen auch ferner aufrechterhalten will. In der Tat wird durch das neueste deutsche Vorgehen wohl nur die Tschechoslowakei unmittelbar bedroht. Ihr waren in Hamburg und Stettin Freihafengebiete garantiert. 1935 gingen 8,1 Prozent der tschechischen Gesamteinfuhr und 5,8 Prozent der Ausfuhr über Hamburg. Möglich, daß jetzt der deutsche Wirtschaftsdruck auf die Tschechoslowakei noch verstärkt wird, obwohl das Interesse Hamburgs an der Erhaltung des tschechischen Transitverkehrsrechts groß ist. Auch die Sperrung des Kieler Kanals, der kürzesten Verbindung zwischen Ost- und Nordsee, den in Friedenszeiten ungehindert zu passieren bisher die Kriegsschiffe aller Nationen das vertragsmäßige Recht hatte, ist nicht gerade sehr wahrscheinlich, außer vielleicht, daß eine Diskriminierung der russischen Schiffe ins Auge gefaßt sein mag. Es bleibt also der Eindruck, daß es sich um einen Vertragsbruch nur um des Vertragsbruchs willen handelt.

Gerade das aber hat eine sehr schlechte Wirkung hervorgerufen und wieder fragt sich die Welt, was von Hitlers Vertragstreue zu halten ist, ob mit Deutschland Verträge abzuschließen noch einen Sinn haben kann. Eben hatte Hitler noch sein großes Ehrenwort gegeben. Nach der Rheinlandsbesetzung vom 7. März hatte er am 21. Mai feierlich versichert, jetzt nach der endgültigen Rückgewinnung seiner Souveränität werde Deutschland Revisionen, die im Laufe der Zeit sich als notwendig herausstellen sollten, ausschließlich auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen zu erreichen suchen. Und da kommt dieser »unnötige« Vertragsbruch. Der Schluß, schreibt der »Economist«, läßt sich nicht vermeiden, daß Herr Hitler sich so beeilt hat, die Tür gewaltsam einzuschlagen, um ja nicht den Moment zu verpassen, wo sie sich von selbst geöffnet hätte. Und dieser Schluß muß lebhaft Beunruhigung wecken. Der Verdacht verstärkt sich, daß ein Vertragsbruch etwa jedes halbe Jahr für den Führer eine Notwendigkeit seiner inneren Politik im Dritten Reich darstellt. Falls Herr Hitler bis

zu seinem normalen Ende am Leben bleibt, dann wird er ungefähr noch 50 ähnliche Taten derselben Art vollbringen müssen! Ist es aber begrifflich, daß er 50 weitere Taten vollbringen kann, die alle harmloser Natur sind?«

Auf die Antwort hat Hitler die Welt nicht so lange warten lassen, wie auf die Beantwortung des englischen Fragebogens. Und Hitlers Verträge sind noch viel weniger harmlos als seine Vertragsbrüche! Der Vertrag zwischen Deutschland und Japan ist keine Abmachung zwischen Braunen und Gelben zum Schutz der europäischen Zivilisation gegen den Bolschewismus. Er ist — daran lassen nicht nur die russischen, sondern auch die englischen und die ersten italienischen Mitteilungen gar keinen Zweifel — ein wirkliches Militärbündnis. Es ist auch nicht einmal etwas ganz Neues; denn die engen deutsch-japanischen Beziehungen beginnen schon in der zweiten Hälfte 1933 und japanische Militärabordnungen waren seitdem wiederholt in Berlin. Aber jetzt werden diese Beziehungen ausgestaltet. Hitler sichert Japan die Lieferung von Kriegsmaterial, insbesondere von Flugzeugen zu, wahrscheinlich gegen Lieferung von Rohstoffen aus Mandchukuo. Die Unterlegenheit in der Flugwaffe war bisher Japans schwächster Punkt gegenüber Rußland. Tokio und Osaka sind russischen Flugangriffen von Wladiwostok aus unmittelbar ausgesetzt, während die japanischen Flugzeuge bisher die großen russischen Rüstungszentren im Osten, Omsk und Magnitogorsk, kaum er-

reichen können. Daher auch das Bestreben Japans, in dessen Ausführung es eben begriffen ist, die Herrschaft über China und die innere Mongolei entlang der Südgrenze der unter russischem Protektorat stehenden äußeren Mongolei zu erreichen. Deutschland unterstützt politisch und militärisch diese Expansion. Damit unterstützt es aber zugleich die Erstarkung Japans gegen England und gegen die Vereinigten Staaten. Haben die letzteren allerdings noch Urlaub von der auswärtigen Politik, so ist dieser in England beendet. Der »Economist« bezeichnet das deutsch-japanische Abkommen als das bedeutendste Ereignis, das in der internationalen Arena seit 1918 stattgefunden hat. Es müsse in London mit noch größerer Sorge betrachtet werden als selbst in Moskau. Warum? Der »Economist«, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch starken Einfluß auf die englische öffentliche Meinung ausübt, schildert die Umstände, die der neuen Tripelallianz ein Vorgehen gegen Sowjetrußland heute noch erschweren. Japan ist noch nicht Herr der Inneren Mongolei, Deutschland und Italien beherrschen noch nicht die Staaten, die sie von der russischen Grenze trennen und der Versuch dazu — die Eroberung der Tschechoslowakei und die Heranzwingung Polens an die Seite Deutschlands — ist ungeheuer gefährlich, da er Rußland auf den Kriegsschauplatz rufen würde. Viel leichter, sagt der »Economist« — und damit bestätigt er unsere Ausführungen in den beiden vorhergegangenen Artikeln — ist die Entscheidung gegen England.

Die leichtere Option für die Tripel-Entente ist die nicht gegen Rußland, sondern gegen England, denn ungleich Rußland, ist das britische Empire strategisch dieser Kombination ausgeliefert. Wenn die drei über uns in unserem augenblicklichen Zustand der Isolation zugleich herfallen — die deutschen Flugzeuge London und Glasgow, die italienischen Malta und Aden, die japanische Flotte Hongkong und Singapur angreifen, haben wir dann noch Aussicht diesen kombinierten Angriff zurückzuweisen? Uns erscheint diese neue Tripelallianz als ein Konsortium verzweifelter Spieler, die ihr ganzes Vermögen gegen die Bank gesetzt haben. England und Rußland halten die Bank. Die Dinge in Deutschland, Japan und Italien müssen sehr schlimm stehen, wenn diese Mächte nur noch hoffen können, die Welt zu überreden, daß in einem solchen Trio »Einigkeit gegen den Kommunismus« nicht eine unheilbringende Bedeutung hätte.

Und ganz wie wir sieht auch der »Economist« als die wirklichen Opfer der Diktatur die ängstlichen Demokratien Westeuropas an, die in ihren Händen den ganzen Kolonialbesitz halten...

Dient das deutsch-japanische Bündnis, das selbstverständlich im Einvernehmen mit Italien geschlossen ist, wenn dieses auch noch mit der Proklamierung seines Anschlusses zögert, um England noch eine Zeit lang hinzuhalten, der Verstärkung des militärischen Drucks auf Rußland, um die Hände gegen den Westen frei zu bekommen, so bedeutet die Anerkennung der Regierung Francos die un-

Der Friedenspreis für Ossietzky

Die Stimme des Weltgewissens

Das Nobelkomitee hat Carl von Ossietzky den Friedenspreis für 1935 verliehen. Es hat damit, nach dem Testament des Stifters entschieden, daß Ossietzky am besten für das Werk der Völkerverbrüderung und für die Sache des Friedens gewirkt habe.

Diese Verleihung des Nobelpreises an Ossietzky ist eine große und würdige Geste, die in der ganzen Welt lauten Beifall findet. Sie enthält zugleich eine moralische Hinrichtung des deutschen Systems.

Was in der ganzen Welt als wertvollste menschliche Aufgabe gewürdigt wird, die Arbeit für den Frieden und die Völkerverständigung, das gilt in Deutschland als Landesverrat, als Verbrechen, als ehreschändend. Der Mann, dessen Auszeichnung die ganze Welt in tiefer Bewunderung zur Kenntnis nimmt, ist ob seiner ausgezeichneten Gesinnung und Handlung in Deutschland jahrelang gehetzt, verfolgt, eingekerkert, mißhandelt, an den Rand des Grabes gebracht worden. Die schmutzige Stimme des Göbbels hat diesen ausgezeichneten Mann einen gemeinen Verbrecher genannt.

Diese Kluft ist unüberbrückbar. Zwischen den Wertbegriffen der Kulturwelt und denen des braunen Systems besteht keinerlei Gemeinsamkeit. Das Nobelkomitee verdient höchstes Lob, daß es diese Wahrheit ausgesprochen hat in einer Zeit, in der eine geschäftige Diplomatie um der guten Laune der mächtigen Friedensfeinde willen sie zu verbergen sucht. Aus seinem Spruch erhebt sich die Anklage: die deutsche Regierung verfolgt und mißhandelt die Freunde des Friedens und der Menschlichkeit wie sie den Frieden und die Menschlichkeit selbst verfolgt.

In der Person Ossietzky's, in dieser leiden-

den Gestalt mit den stillen, festen Märtyrerzügen, die nach Jahren des Märtyrertums am Rande des Grabes steht, sind alle jene erhoben und geehrt, die wie er um des Friedens und der Menschlichkeit willen sich erheben gegen das System der Friedensfeinde. Sie alle sind Märtyrer des Friedens, die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches schmachten, die erheben Hauptes von den Hafttribunalen des Systems in die Zuchthäuser schreiten, weil sie ihre Gesinnung nicht preisgeben wollen.

Dieser Spruch des Nobelkomitees ist zugleich eine ernste Mahnung an die Regierungen der demokratischen Länder wie an den Völkerbund. Die Tatsache, daß das Weltgewissen seinen moralischen Spruch fällt gegen den Geist der deutschen Diktatur, stellt sie vor die Frage: haben sie alles getan, um ihre Politik mit dem Urteil der Menschlichkeit in Einklang zu bringen? Es ist eine Mahnung an alle Launen und Halben. Sie können nicht mehr ausweichen; denn in dieser Verleihung des Nobelpreises liegt die Anklage: die besten und edelsten Güter der Menschheit werden von der deutschen Regierung mit Füßen getreten!

Systematische Hetze

Das »Schwarze Korps«, das Organ der SS, der Leibgarde Hitlers, schreit laut: »Halte den Dieb!« In seiner Ausgabe vom 19. November veröffentlicht es einen langen Hetzaufsatz über die schauerliche Gefahr, die Deutschland von der tschechischen und russischen Luftwaffe droht. Die alten Märchen und Nachrichtenfälschungen, die in Prag und Moskau auf das genaueste widerlegt und angeprangert worden sind, werden in konzen-

trierter Form zu einer Hetze gegen die Tschechoslowakei und Sowjetrußland benutzt. Dieser Aufsatz unterstellt der Tschechoslowakei wie Sowjetrußland militärische Angriffspläne, er soll Kriegsstimmung gegen sie erzeugen. Der Unterschied der Politik dieser beiden Länder gegenüber der deutschen Politik ist, daß sie beide den Frieden wollen und für den Frieden arbeiten. Daher der Haß.

Diese systematische Hetze ist verdächtig. Man weiß allmählich, wie die faschistische Propaganda faschistische Angriffe maskiert. Die bösen Abessinier haben bekanntlich die armen friedliebenden Italiener in Abessinien angegriffen und zum Kriege gezwungen. Nicht die verbrecherischen spanischen Generale, sondern die Moskauer Bolschewiken haben den spanischen Bürgerkrieg entfacht. Wenn das Dritte Reich einen Kriegsgrund braucht, wird es darum nicht verlegen sein.

Wer erinnert sich nicht noch, daß im Frühsommer 1933 das Regime behauptete, fremde Flugzeuge seien über Berlin erschienen und hätten Flugblätter gegen Hitler abgeworfen? Damals fragte der Berliner Volkswitz, der die Sache sofort durchschaute, höhnisch: »Habt ihr auch schon die U-Boote im Landwehrkanal gesehen?« Aber man soll nicht unterschätzen, wie verderblich jahrelange Bearbeitung durch die gleichgeschaltete Propaganda wirkt, und wie leicht Massenwahn zu wecken ist. Aus den Anfängen des Weltkrieges ist bekannt, wie die erlogene Meldung, daß französische Flieger über Nürnberg erschienen seien, von den Kriegstreibern ausgenutzt worden ist. Der Hetzartikel des »Schwarzen Korps« riecht verdächtig nach Vorbereitung eines internationalen Reichstagsbrandes.

Deutsche Streiflichter

mittelbare Drohung gegen die lebenswichtige Mittelmeerstellung Englands. Das augenblickliche Ziel ist die Erleichterung der Blockade Barcelonas, die endgültige Einreihung Spaniens in den italienisch-deutschen Block gegen England und Frankreich. Eine Regierung Franco bedeutet die Herrschaft Italiens und Deutschlands an beiden Küsten des Westausgangs des Mittelmeers, ganz gleichgültig, ob Landabtretungen erfolgen oder nicht. Spanien, durch den Bürgerkrieg entsetzlich geschwächt, wird zum Vasall auswärtiger Mächte, Franco zum Abhängigen Hitlers und Mussolinis. Vervollständigt wird das Bild durch den Anschluß Portugals, des bisherigen Bundesgenossen Englands.

Eine ungeheuerere Machtverschiebung vollzieht sich vor unseren Augen. Auch in England erkennt man, daß es sich nicht nur um den Osten handelt, um Oesterreich, die Tschechoslowakei, um Memel oder Danzig und nicht einmal um Rußland, also nicht nur um »Natives«, um Eingeborene, sondern um England und das britische Empire. Und diese Ueberzeugung wird noch bekräftigt durch die neue Verstärkung der italienischen Aufrüstung. Daß der Ostzweig des Friedens nach Mussolinis Wort aus dem Wald von 8 Millionen Bajonetten dargeboten wird, genügt der Friedensliebe des Diktators noch nicht; es müssen immer mehr Bajonette sein. Und gegen wen kann sich diese immer stärker bewaffnete Friedensliebe richten? Die Engländer haben selbst zu lange den »Realismus« des italienischen Diktators gepriesen, als daß sie meinen könnten, es ginge ihm um ein Abenteuer im fernen Rußland oder gar um Hilfe für Hitler und Rosenberg aus reiner antibolschewistischer Gesinnungstüchtigkeit und Haß gegen den so lange geschätzten sowjetrussischen Alliierten. Es geht um die entscheidende Machtfrage der Herrschaft über das Mittelmeer und damit zugleich um den Besitz der reichen Wirtschaftsgebiete, die die zerrütteten Diktaturen zu ihrer Selbsterhaltung brauchen. Und das erklärt auch die Bundesgenossenschaft Mussolinis mit Hitler. Sie ist für Italien gefährlich, aber unentbehrlich zur Erreichung seiner Ziele. Denn ein Italien im Bunde mit den »konservativen« Westmächten ist zum Frieden verdammt, zum Stillhalten, und der Friede mag das Leben der Völker sein, für die Diktaturen ist er der Tod. Deswegen kann Mussolini nur bei Hitler sein, wie Hitler bei Mussolini, und deshalb sind die Westmächte für sie der Feind. Eine Gemeinschaft von Spielern gewiß, aber auch eine Gemeinschaft von gefährlichen, schwerbewaffneten Räubern! Dr. Richard Kern.

Sir Don Quidotte

Labour-Party gegen Stafford Cripps.

Sir Stafford Cripps, ein vielbeschäftigter Londoner Anwalt und Mitglied der Arbeiterpartei, hielt unlängst in Stockport eine Rede, in der er die originelle Meinung äußerte, ein Sieg Hitlerdeutschlands über England wäre eigentlich nur für die englischen Kapitalisten fatal, für die Arbeiter brauchte er aber kein Schaden zu sein. Diese Narrheit hat begreiflicherweise einiges Aufsehen hervorgerufen und wird von den Konservativen im Kampf gegen die Arbeiterpartei weidlich ausgeschlachtet. Dadurch hat sich der Parteivorstand Dalton veranlaßt gesehen, in einer öffentlichen Erklärung mit allergrößter Schärfe von Cripps abzurücken, dessen politischen Äußerungen überhaupt keine Bedeutung beizumessen sei. Ähnlich äußerte sich der »Daily Herald«, der außerdem aus dem »Forward« einen Artikel des Abg. Johnston zustimmend zitierte. Johnston schreibt:

»Sir Stafford ist ein tüchtiger Mann, selbstlos und lauter. Aber seine Rederei ist ein Vergnügen für seine kapitalistischen Feinde und ein Gegenstand der Sorge und der Verzweiflung für seine Freunde. Wenn Deutschland uns bestegt, dann ist es aus mit der Genossenschaftsbewegung, aus mit den Gewerkschaften, deren Funktionäre in die Konzentrationslager verschwinden werden. Sir Stafford selbst und manche seiner Freunde werden von Glück sagen können, wenn sie nicht geköpft werden. Die Juden werden ausgetrieben werden. Ein Recht zu öffentlichen Versammlungen wird es nicht mehr geben und bestimmt nicht mehr solche Reden, wie sie jetzt in Stockport gehalten werden. Wir werden dann eine geknechtete, gedrückte Gesellschaft vollkommener Ignoranten sein, denen es verboten sein wird, andere als die amtlich abgestempelten Zeitungen zu lesen, denen sogar verboten sein wird, den Moskauer Sender zu hören.«

Genau dasselbe haben wir deutschen Sozialdemokraten vor dem Siege Hitlers in Deutschland immer den Kommunisten gesagt. Mögen nun diese selber sagen, wer recht behalten hat.

Vollendete Indifferenz

Das deutsche Volk wird wieder einmal mit einer Versammlungswelle geplagt. Zehntausende Redner sprechen über das Thema »Kanonnen statt Butter« und rufen zum Hungern und auch zum Sammeln von Abfällen auf. Die Versammlungen sind zwangweise gut besucht, die Stimmung ist überall flau. Wie die Bevölkerung auf dieses Theater reagiert, wenn sie einigermaßen frei ist in ihrem Entschlusse, zu den Veranstaltungen zu gehen oder nicht, beweist uns ein Bericht aus dem Rheinland. In Köln wurde als Auftakt zu der Reichswerbeaktion für den Hungerwinter eine Ausstellung aufgebaut »Kampf um 1 1/2 Milliarden«, eine Summe, die durch sparsame Wirtschaftsführung gerettet werden soll. Es war nicht etwa eine lokale, sondern eine Reichsveranstaltung. Tagungen und Fachkundgebungen wurden aus diesem Anlaß in Köln abgehalten. Zahlreiche Vereine wurden geschlossen in die Ausstellung geführt. Und das Ergebnis? Während der wochenlangen Dauer der Ausstellung fanden sich ganze 80.000 Besucher aus ganz Deutschland ein. Die Zahl ist bezeichnend, wenn man weiß, daß die rheinische Hauptstadt mit ihrem durch ein Straßennetz verbundenen industriellen Nachbargebieten mehr als eine Million Einwohner zählt und die Zahl der Fremden auch außerhalb der Reisesaison in den stillsten Monaten etwa 30.000 beträgt. Weder die Kölner noch die sonstigen Deutschen interessieren sich für Parolen wie »Koteletts aus Müll« und ähnlichen Krampf. Das Volk hat den Schwindel satt. Wo es dies ohne Gefahr kann, zeigt es seine Indifferenz und läßt die Nazis unter sich.

Vom Pazifisten zum Bluthund

Colin Roß, radikaler Pazifist von einst, jetzt Propagandaschreiber für Hitler, ist Kriegsberichterstatler der Nazipresse auf der Rebellenseite in Spanien. Seine erste Leistung vom Kampfplatze ist eine Sammlung von Gemeinheiten »Hinter dem Roten Napoleon her.« Gemeint ist Caballero. Während die Welt den Atem anhält, in Spannung den Atem anhält vor dem Heroismus der ungenügend bewaffneten und geschulten Milizen, findet Colin Roß diese Männer und Frauen ohne Gefechtswert und ohne Begeisterung! Sein Herz gehört den faschistischen Generalen und ihren Marokkanern. Mit einem

Hitler für „evangelische Freiheit“ . . .

Wovon kein Mensch redet: vom Protestantenmord in Spanien.

Ueber die angeblichen Gräueltaten der spanischen Freiheitskämpfer, denen Angehörige des katholischen Klerus zum Opfer gefallen sein sollen, weiß die hitlerdeutsche Presse (und ihre Kumpanei im Ausland gleichermaßen) Bandwürmer von aufreizenden und erschreckenden Einzelheiten zu berichten. Wer redet eigentlich von dem totalen Ausrüttungskrieg, den die spanischen Generale in den von ihnen besetzten Gebieten gegen den spanischen Protestantismus, so dünn gesät er auch sein mag, führen?

In Genf gibt es eine »Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen« evangelisch-organisatorischer Zweckbestimmung. Diese »Zentralstelle« berichtet über Exekutionen an evangelischen Predigern und Pfarrern, über Vandalentaten gegen protestantische Schulen und Kirchen, die von den Franco-Truppen systematisch vorgenommen wurden und von jener Genfer Stelle pflichtgemäß gesammelt, geprüft und der Öffentlichkeit übergeben worden sind. Man liest eine lange Reihe von Namen erschossener protestantischer Pfarrer in Valladolid, in Granada, in Sevilla und vielen anderen von den Franco-Truppen gehaltenen spanischen Städten. Es wird erwähnt, wie dem oder jenem »Evangelisten« die Bücher verbrannt, seine Kapelle und Schule geschlossen, er selbst mit seiner Familie verbannt wurde. Andere Pfarrer sind nur durch einen Kniefall ihrer Frauen von der schon beschlossenen Exekution bewahrt worden. Eine andere Reihe von protestantisch geistlichen Personen wird als vermißt gemeldet. An einer Stelle des aufschlußreichen kleinen Communiqués heißt es wörtlich:

»In Sevilla scheinen die Evangelischen nicht belästigt worden zu sein. Doch wurde in den letzten Mitteilungen berichtet, daß Pastor Patricio Combez erschossen wurde. Es wird auch mitgeteilt, daß der kommandierende General in Sevilla ausdrücklich

Schwarzen fährt er nächtlich nach Madrid zu. Das erzählt er so:

»Gleich darauf ein neuer Stoß. Wir sind über etwas Weiches gefahren. Es kann nur eine Leiche gewesen sein. Ein faules Gefühl steigt im Magen hoch. Wenn der Mann immerhin auch bereits tot war! Krieg! Plötzlich ist man wieder mitten drin. Die Nerven schwingen anders, das Blut kreist schneller, Furcht? — Nein, Furcht ist es nicht, aber doch etwas Verwandtes und gleichzeitig die fiebernde Erregung des Jagdhundes, der Wild wittert.«

Der Bluthund hinter geheiztem Wild: das richtige Bild für den Faschismus!

Faustrecht

Das Amtsgericht in Köln hat das Faustrecht proklamiert. In einer Gastwirtschaft kam es zwischen zwei Ariern zu einem Streit mit gegenseitigen Beschimpfungen. Im Zorn nannte der eine den anderen einen »Judenlump« und bezichtigte ihn der Rassenschande. Darauf fiel der Beleidigte über seinen Gegner her und mißhandelte ihn so schwer, daß er noch unter den Folgen der Schläge leidet. Insbesondere hat das Augenlicht gelitten. Der Mißhandelte klagte vor dem Amtsgericht in Köln, das die Klage mit folgender Begründung abwies:

»Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß der Beklagte zur Abwehr des Angriffs auf seine Ehre dem Kläger Schläge ins Gesicht versetzen durfte. Zur Abwehr war aber nicht erforderlich, daß die Schläge die Augen des Klägers trafen. Insofern hat der Beklagte also tatsächlich die Grenzen der erforderlichen Abwehr überschritten. Wegen Ueberschreitung der Notwehr kann er aber nur insoweit schuldnerhaftig sein, als er die erforderliche Verteidigung schuldhaft d. h. vorsätzlich oder fahrlässig überschritten hat. Ein solches Verschulden des Beklagten ist aber nicht ersichtlich. Es ist erlaubt, daß der deutsche Mann, wenn er zu Unrecht angegriffen wird, sich energisch und hart verteidigt. Das Recht braucht dem Unrecht nicht aus dem Wege zu gehen. Der zu Unrecht Angegriffene braucht nicht ängstlich zu sein, er könne dem Angreifer zuviel Schaden zufügen. Darum brauchte der Beklagte nicht sorgfältig abzuwägen, ob er den Kläger in die Augen treffen könne. Ihn trifft also insoweit keine Fahrlässigkeit hinsichtlich der Ueberschreitung der Notwehr.«

versichert hat, daß die Verfolgungen sich nicht wiederholen würden.«

Mit keinem Wort also weiß selbst der Putschisten-General die Beschuldigung vorzubringen, daß die Protestanten etwa alle aktivistischen Links-Spanier seien und sich als solche gegen die Militärrherrschaft aufgelehnt hätten. Bei den erschossenen katholischen Priestern und Mönchen auf der anderen Seite wurde meist gar nicht deren aktive Mitwirkung am Gelingen des Militärputsches irgendwie erst gelehnet. Hier aber wird »verfolgt«, nur, weil der andere nicht mitbeteiligt ist an der religiösen Norm der Rebellen, weil ihn schon allein das verschiedene Gebot als »Feinde« erscheinen läßt.

Es besteht also die Tatsache, daß der spanische Protestantismus von den Neo-Torquemadas mit Generalstreifen mit Hilfe deutscher Mordgeräte und unter dem diplomatischen Lordprotektorat des »Führers« ausgerottet wird! Was sagt eigentlich zu dieser abgewandelten Großinquisition der doch sozusagen in Hitlerdeutschland grassierende »nordische Mensch«? Wann meldet sich der »Evangelische Bund« beim »Führer« und protestiert gegen die deutsche Spanienpolitik im Namen Gustav Adolfs und der »evangelischen Freiheit«? War es nicht so, daß das Dritte Reich auch im Namen der großspurigen These aufgerichtet wurde, die man von den Hohenzollern sich entliehen hatte: daß Deutschland wieder das mächtige Bollwerk des Protestantismus in der Welt, die »evangelische Vormacht« schlechthin werden müsse?

Braune Bildfälschung

Die deutsche Filmpropaganda verbreitet Gräuelnachrichten über Spanien. In allen deutschen Kinos wird die Hetze gegen die »spanischen Bolschewisten« betrieben. Diese Filme sind keineswegs Originalfilme, sie werden vielmehr in den Filmateliers der Bavaria-Film-A.-G. Geiselssteig bei München hergestellt. Dort sind spanische Häuser, Geschäfte mit spanischen Aufschriften, zerstörte Gebäude

Propaganda im Ausland

Die Auslandsarbeit der Nazis

ist zur Zeit besonders intensiv. Die Auslandsgruppen veranstalten »Schulungsabende«, in denen im Frage- und Antwortspiel klar gemacht wird, was jeder Auslandsdeutsche, und sei es die bescheidenste Hausangestellte, den Bürgern des Gastlandes über die Verhältnisse in Deutschland und über die Ansprüche Hitlerdeutschlands an die Welt zu sagen hat. Naziredner, insbesondere Studenten bieten sich allen möglichen Klubs zu Vorträgen an, deren Thema niemals rein nazistisch ist, sondern allgemeine Fragen in den Vordergrund schiebt, und, beispielsweise in England, auf die Grundstimmung des Gastvolkes berechnet ist. Der Nazi-Auslandsdeutsche spricht etwa über »Ist der Kommunismus eine Weltgefahr?« oder »Kulturelle Völkerverständigung oder »Völkerfriede und Gerechtigkeit« usw. Oft gelingt die Täuschung. Manchmal aber kommen die Naziredner arg ins Gedränge, wenn sich Fragesteller des Gastlandes über den Nazismus ausgezeichnet unterrichtet zeigen. So dieser Tage in einem hochkonservativen Studentenklub an einer englischen Universität. Zwei studentische Naziredner glaubten der Zustimmung besonders sicher sein, wenn sie mit den jungen englischen Konservativen die Frage diskutierten, ob der Kommunismus eine Weltgefahr sei. Es gab aber so unangenehme Fragen der konservativen Studenten, daß die Nazis sichtlich bedauerten, gekommen zu sein. Zweifellos sind die jungen Konservativen der Meinung, daß die Kommunisten eine Weltgefahr sind, aber es schien ihnen unfair, sich die Antwort ausgerechnet von deutschen Nazis geben zu lassen. Die Versammlung lehnte die von den Nazis vorgelegte »Motion« mit großer Mehrheit ab. An der Debatte und an der Abstimmung durften nur Studenten teilnehmen, was für die Entscheidung von Bedeutung ist, weil sich in weiten Kreisen der englischen Jugend Sympathie für manche Erscheinungen in Deutschland regt. Es zeigt sich aber, daß sofort zwischen dem deutschen Volke und der Nazidiktatur unterschieden wird, wenn die jungen Engländer Gelegenheit haben, anti-nazistische Tatsachen kennen zu lernen. Die großen sozialistischen und pazifistischen Organisationen des Auslandes würden sich und der Welt einen großen Dienst leisten, wenn sie der unverachteten Auslandspropaganda des Naziregimes die Wahrheit entgegenstellen würden. Hannes Wink.

usw. aufgebaut worden. Als Komparsen werden SS-Leute und deren Angehörige verwendet.

Diese dreiste Fälschungsmethode ist leicht zu entlarven. In der Rundfunkzeitschrift »Der deutsche Rundfunk«, die in Berlin erscheint, befindet sich in der Nr. 34 vom 23. August eine Bildreportage aus Spanien. Als oberstes Bild erblickt man eine Szene »Soldaten der nationalen Militärgruppe verteilen Vorräte an die Bevölkerung«. Man sieht einen Lastwagen, von dem herab Soldaten einer Frau Brot zu reichen. Auf dem Nummernschild dieses Lastwagens sieht man das Kennzeichen II A 4523. Der Besitzer dieses Wagens ist die Bavaria-Film-A.-G. in Geiselssteig. Ermittlungen haben ergeben, daß der erste Mann von links der auf dem Wagen stehenden spanischen Soldaten ein Münchener SA-Mann aus Haidhausen bei München ist.

Ueber die Grenzen

Bei Henleins Promotion zum Ehrendoktor in Breslau wurde laut Eigenbericht der DAZ vom 7. November folgendes gesprochen:

Vom Rektor Walz: »Die Breslauer Universität wolle ein Hort national-sozialistischer Forschung und Erziehung sein; sie solle ein Ausfallort deutschen Wesens über die Landesgrenzen hinaus werden und damit eine uralte Sendung Schlesiens wieder aufnehmen.«

Von Rust: »Scharf wandte er sich gegen die Auffassung, daß diese Parole eine Entpolitisierung der Wissenschaft bedeute.«

Oberpräsident Josef Wagner: »kam ebenfalls zu der Folgerung, daß es bei der Erhaltung des deutschen Volkstums nicht nur darum gehe, dieses Volkstum im schlesischen Raum, sondern auch jenseits der Landesgrenzen überall dort zu erhalten, und zu stärken, wo deutsches Volkstum überhaupt vertreten sei.

Von Minister Rust sagte der Redner zum Schluß, daß er bereits zu diesem Plan seine Bereitwilligkeit erklärt und zugesagt habe, für dessen Verwirklichung schon in nächster Zeit einzutreten.«

Wo liegt der Rechenfehler?

Tribute für den inneren Feind

Es hat die »Frankfurter Zeitung« sehr in Harnisch gebracht, daß der Sekretär des englischen Schatzamtes vor dem Unterhaus behauptet hat, Deutschland habe mehr als doppelt so viel Kredite im Ausland aufgenommen als Reparationen gezahlt. Sie bemängelt vor allem, daß die Unterhausrede nur die Zeit der Gültigkeit des Dawes-Abkommens berücksichtigt habe und nicht die Reparationsleistungen vorher. »Der Dawes-Plan«, sagt die »Frankfurter Zeitung«, »war nicht der Anfang der Reparationen, sondern der Anfang ihres qualvollen Endes.« Man könnte, heißt es, danach »fast meinen, die Reparationen seien nur erfunden worden, um Deutschland zu bereichern. Leider sah die Wirklichkeit anders aus.« So sehr viel anders sah sie eben nicht aus. »Deutschland« ist ein etwas vager Begriff. Das Land ist eine geographische Einheit, aber seine Bewohner keine gesellschaftliche. Ein Teil von ihnen, der kleinere, hat an den Reparationen und ihren Begleiterscheinungen profitiert, und nur der andere, der größere, unter den Methoden gelitten, mit denen sie von der besitzenden Minderheit abgewälzt worden sind.

Am 21. September 1915 schrieb der Londoner »Economist«:

»Ein Krieg von diesem Ausmaße, der Tausende von Familien in Trauer versetzt, darf nicht in eine Atmosphäre allgemeinen wirtschaftlichen Blühens und Gewinns für die beschäftigten Kreise und die Kriegslieferanten eingehüllt sein.«

Der Grundsatz der deutschen Regierung war es, eine solche Atmosphäre zu erzeugen, weil durch sie der Glaube an den schließlichen Endsieg genährt werden sollte. Allerdings wurde nach der Niederlage, also zu spät, zur Kenntnis genommen, daß dieser Reichtum trügerisch, weil durch Inflation erzeugt war. In der ersten Nachkriegszeit wurde versucht, Ordnung in die deutsche Finanzpolitik zu bringen — gegen den heftigen Widerstand von Stinnes und Genossen. Immerhin war es der Republik einige Male gelungen, und zwar unter den dafür ungünstigsten Umständen, den Währungsverfall aufzuhalten. Z. B. wurde vor der Ermordung Rathenaus die Mark eine Zeit lang beim Kurs von 300 Mark für den Dollar gehalten. Die Schüsse auf Rathenau sagt der ehemalige Staatssekretär Prof. Dr. Julius Hirsch in seiner Schrift »Die deutsche Währungsfrage«, waren zugleich solche auf die Mark. Am 31. August wird Deutschland von der Reparationskommission von allen Zahlungen für das Jahr 1922 befreit. Trotzdem fällt die Mark vom Juli bis zum November 1922 auf $\frac{1}{100}$ von $1\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{100}$ Goldpfennig. Die Schützen, die mit Rathenau zugleich die Mark getroffen haben, werden im Dritten Reich als Helden gefeiert und mit reich dotierten Posten belohnt. Am 8. November 1922 hielt Hugo Stinnes eine Rede im Reichswirtschaftsrat, worin er erklärte, daß er der von den Linksparteien als Mittel zur Marktstabilisierung geforderten und vom Reichswirtschaftsministerium geplanten Erfassung der Sachwerte heftigsten Widerstand entgegenzusetzen würde. Er war damals der größte deutsche Devisenbesitzer, und man wußte, daß er die Macht hatte, durch Einsetzung einer verhältnismäßig kleinen Menge Devisen die stabilisierte Mark niedersausen zu lassen. Der Plan der Erfassung der Sachwerte wurde daraufhin fallen gelassen. Selbst während des Ruhrkampfes war es gelungen, unter Opferung eines Teils des Reichsbankgoldes den Dollarkurs auf 20.000 Mark herabzudrücken und ihn fast ein Vierteljahr lang auf diesem Stande zu halten. Am 18. April 1923 war die Schonzeit für die Mark zu Ende. An diesem Tage ließ Hugo Stinnes mit einem sonst unmotivierten Devisenkauf in Höhe von 3 Millionen Goldmark die Mark absausen. Nach diesem Stoß sank sie unaufhaltsam in den Abgrund. Aber die Ursache »ihres qualvollen Endes« waren nicht die Reparationszahlungen an sich, sondern die Art ihrer Abwälzung auf die Massen um den bitteren Preis ihrer Verelendung.

Es ist in einer amtlichen Denkschrift festgestellt, daß der Sturz der Mark erst aufhalten worden war, als sich auch im Inlande niemand mehr fand, der wertlose Zettel als Geld anerkennen wollte, also auch nichts mehr an ihnen zu verdienen war. In der von der damaligen Reichsregierung der Dawes-Kommission über-

reichten Denkschrift »Material für ein Studium von Deutschlands Währung, Wirtschaft und Finanzen« heißt es in summarischem Urteil:

»Von diesem Zeitpunkt ab war niemand mehr da, auf den die Last der Inflation, d. h. der durch sie verursachte Substanzverlust abgewälzt werden konnte.«

Von einem »Substanzverlust« konnte allerdings nur in bezug auf die Konsumkraft der Massen, nicht die Kapitalkraft der Wirtschaftsführer gesprochen werden. Die Verarmung der Massen war in eine beispiellose Bereicherung des Großkapitals umgeschlagen. Sie bestand in der Befreiung von Geldverpflichtungen und von Lohnzahlungen. Die Ersparnis durch Entwertung von Schulden, Entlastung von der Bezahlung von Zinsen und Amortisationen wird von Prof. Emil Lederer (»Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft«) auf 50 Milliarden Goldmark geschätzt, den in vier Inflationsjahren durch Senkung des Reallohnes erzielten Kapitalzuwachs schätzt er auf 25 bis 28 Milliarden Goldmark. Alles, was bis 1924 »man Deutschland alles weggenommen« hat, war laut »Frankfurter Zeitung« »nach deutscher Schätzung 42,1, nach unabhängigen englischen und amerikanischen Berechnungen immer noch fast 30 Milliarden Reichsmark wert«. Allein die nichtbezahlten

Schulden und die nichtbezahlten Löhne ergeben mit 78 Milliarden fast das Doppelte der gleichzeitigen Reparationsleistungen selbst nach deutscher und das $2\frac{1}{2}$ -fache nach englischer und amerikanischer Berechnung. Die »Frankfurter Zeitung« vergißt ihrer Rechnung die Gegenrechnung gegenüberzustellen. Sie behauptet, die Kredithilfe mache »nur gerade die Hälfte der Reparationsleistungen aus«, sie vergißt aber hinzuzufügen, daß das Doppelte von dem, was bis zum Inkrafttreten des Dawes-Planes für Reparationen gezahlt und geleistet wurde, dem deutschen Volke von seinen Wirtschaftsführern geraubt worden ist.

Will man aber dem jüdisch-marxistischen, von deutschen Universitäten verbannten Prof. Lederer nicht glauben, so sei ein Zeuge gehört, der im Dritten Reich mehr gilt. Es ist Dr. Paul Berkenkopf, Privatdozent an der Universität Hamburg. In seinem Buche »Deutsche Industriewirtschaft«, das erst 1933 erschienen ist, also die Zensur des Dritten Reiches passiert haben muß, steht folgendes Geständnis:

»Der Wiederaufbau der deutschen Industriewirtschaft wäre angesichts der schweren wirtschaftlichen Belastung, die das Versailler Diktat für Deutschland mit sich brachte, keineswegs im nötigen Umfange möglich ge-

wesen, wäre nicht die Inflation der deutschen Industrie zu Hilfe gekommen.« Man sollte, meint der Verfasser, »rückschauend doch nicht die Augen davor verschließen, daß sie den industriellen Wiederaufbau wesentlich gefördert, vor allem aber das Wiedervordringen auf dem Weltmarkt auch gegen schwerste Hemmungen stark erleichtert habe«. Nach einer amtlichen Schrift, dem Sonderheft 31 des Instituts für Konjunkturforschung, nahm die industrielle Produktion Deutschlands, die mit dem Jahre 1919 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, von 1919 bis 1922 um mehr als 90 Prozent zu. In der gesamten Industrie hatte die Produktionsfähigkeit in der Zeit von 1919 bis 1921 bei den Produktionsgütern um rund 100, bei den Verbrauchsgütern um rund 69 Prozent zugenommen. Die Inflation hatte also die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der großen Industrie gewaltig erhöht, aber zugleich die Zahlungsfähigkeit des Reiches, die Konsumkraft des Volkes und die Geldreserven der Nation vernichtet. Ist es nicht auffallend, daß die industrielle Produktion in vier Jahren Inflation im ungefähr gleichen Prozentverhältnis gestiegen ist wie in vier Jahren Drittes Reich? Nicht mit den gleichen, aber mit den veränderten Umständen angepaßten verwandten Methoden wird vom Dritten Reich erstrebt, was in der Inflation glücklich gelungen war. Heute wie damals wird ein Raub an der Nation, ausgeführt von ihren inneren Feinden, mit nationalen Phrasen und mit dem Märchen von dem vom äußeren Feind gestohlenen Gold verschleiert. G. A. F.

Die versagende Lohnstatistik

„Klassenkampfähnliche Stimmungen“

Ende September sind sowohl vom Luftfahrtministerium, wie von dem Kommando der Tanktruppen wieder große Rüstungsaufträge vergeben worden. Ebenso wurde das Arbeitstempo der Befestigungsarbeiten an der deutschen Westgrenze verschärft. Der Bedarf an Facharbeitern im Metall- und Baugewerbe hat sich weiter gesteigert, abgesehen von der Verdoppelung des weitgehend technisierten Heeres, das für seine Spezialformationen eine unmittelbare Nachfrage nach Facharbeitern entwickelt. Da die neue Zwangsorganisation der Facharbeiter, wie sie Göring angeordnet hat, noch nicht in Kraft getreten war, so konnte auch die Lohnbewegung noch nicht gänzlich abgewürgt werden. Der Beauftragte des Treuhänders für Brandenburg machte noch einmal den Versuch, die Facharbeiter, die zwecks Lohnerhöhung ihren Arbeitsplatz wechselten, gegen den Vorwurf ungenügender »Betriebsstreuung« in Schutz zu nehmen:

»Es ist als ein erfreuliches Zeichen zu werten, daß im Zuge dieser Bestrebungen das Lohnniveau eine Erhöhung über den tariflichen Mindestsatz hinaus erfahren hat... Wenn nun der Facharbeiter aus solcher Entwicklung die natürlichen Konsequenzen zieht und besser entlohnte Arbeitsplätze aufsucht, so darf man wohl manchem Betriebsführer das Recht absprechen, seinen ausscheidenden Gefolgschaftsmitgliedern den Vorwurf mangelnder Betriebsstreuung zu machen.«

Diese »arbeiterfreundlichen« Bemerkungen, die im »Grundstein« veröffentlicht werden, sollen dazu dienen, über die bereits ins Stocken geratene Entwicklung der Löhne hinwegzutäuschen.

Wir haben bereits in Nr. 174 des »N. V.« nachweisen können, daß selbst die völlig entstellte amtliche Lohnstatistik des Dritten Reiches das Stocken und Abgleiten der Löhne nicht mehr ganz zu verbergen vermag. Jetzt bringt das Reichsarbeitsblatt die

Ergebnisse der Lohnerhebungen für Juni 1936

Während bisher nach einer recht willkürlichen Methode die Löhne aus 15 Industrien bekanntgegeben worden waren, sind es diesmal nur noch vierzehn. Es fehlt die für den Rüstungsbetrieb maßgebliche eisen- und stahlerzeugende Industrie. Im März 1936 mußte zugegeben werden, daß das Gesamtbruttoverdienst für diese Industrie »etwas niedriger« gewesen sei, als im Dezember 1935. Diesmal fehlt jede Angabe.

Für die übrigen Industrien wird festgestellt, daß sich die Stundenverdienste »nur geringfügig verändert« haben. Soweit eine kleine Steigerung der Wochenverdienste eingetreten ist, wird sie auf die Zunahme der Ueberstundenzuschläge zurückgeführt.

»Die Ursache hierfür liegt in einer Verlängerung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit um etwa 1,7 Prozent.« In der metallverarbeitenden Industrie hat sich z. B. die Arbeitszeit von 48,5 Stunden

im März auf 49,3 im Juni erhöht. Es fehlt aber auch nicht an amtlichen Ergebnissen, die ein

weiteres Abfallen der Nominalöhne aufzeigen. Wir bringen einige Vergleichszahlen der Bruttostundenverdienste:

Papierverarbeitende Industrie			
	Juni 1936	März 1936	März 1935
Insgesamt	57,0 Rpf.	57,6 Rpf.	57,6 Rpf.
männl. Facharbeiter	93,3 „	92,8 „	92,8 „
weibl. Facharbeiter	52,7 „	53,0 „	53,0 „
weibl. Hilfsarb.	39,9 „	41,1 „	41,1 „

In diesem, wie in anderen Gewerben wurde der Gesamtdurchschnitt noch einigermaßen gehalten, weil die Facharbeiterlöhne mäßig ansteigen konnten, während die Löhne der Hilfsarbeiter von Vierteljahr zu Vierteljahr fallen. So war das Stundenverdienst der männlichen Gehilfen im Buchdruckgewerbe von 120,2 auf 120,5 Pf. gestiegen, das der weiblichen Hilfsarbeiterinnen von 50,7 auf 50,4 gesunken. Da inzwischen durch den Erlaß Görings auch die Facharbeiterlöhne abgestoppt worden sind, so ist die allgemein sinkende Lohnentwicklung unverkennbar. Im Lithographengewerbe ist der Abstieg bereits allgemein. Das Bekleidungs-gewerbe ergibt folgende absteigende Kurve:

Lithographengewerbe			
	Juni 1936	März 1936	März 1935
Insgesamt	54,0 Rpf.	54,3 Rpf.	54,3 Rpf.
männl. gelernte und angelernte Arbeiter	79,9 „	80,1 „	80,1 „
weibl. gelernte und angelernte Arbeiter	45,7 „	46,0 „	46,0 „

In der Back- und Teigwarenindustrie und im Braugewerbe trifft der Lohnrückgang gelernte und ungelernete Arbeiter. Der

Lohnabbau im Baugewerbe

hält bei allen Arbeitergruppen weiter an:

	Juni 1936	März 1936	März 1932
	Rpf.	Rpf.	Rpf.
Maurer	80,9	83,6	113,6
Zimmerer	84,1	86,8	99,8
Bauhilfsarbeiter	69,0	70,7	81,6
Tiefbauarbeiter	62,1	62,3	77,1

Das Reichsarbeitsblatt sucht den auffallenden Rückgang der Bauarbeiterlöhne damit zu erklären, daß ein großer Teil in kleineren Gemeinden beschäftigt ist, die in niedrigere Ortsklassen fallen. Mit dieser Erklärung wird aber nur bewiesen, daß die systematische Verpflanzung der städtischen Arbeiter aufs Land einem allgemeinen Lohnrückgang gleichkommt.

Die vorstehenden Zahlen sind sämtlich der amtlichen Lohnstatistik entnommen; die tatsächlichen Durchschnittslöhne liegen wesentlich tiefer, wie ja auch im »N. V.« Bauarbeiterlöhne von 47 Pfg. dokumentarisch nachgewiesen wurden. Der Lohnrückgang läßt sich selbst mit dieser kunstvollen Statistik nicht länger verheimlichen.

Noch weitaus schlimmer ist das Bild in den abseits von der Kriegswirtschaft liegenden Industrien und soweit es sich nicht um Facharbeiter handelt. So berichten die »Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« von dem

Elend der Arbeiterinnen in der Keramikindustrie

Vor Hitlers Machtantritt waren in der Porzellanindustrie 45 Prozent Frauen beschäftigt, heute hat sich der Prozentsatz ohne Rücksicht auf die gesundheitsschädliche Wirkung bestimmter Arbeiten auf 60 Prozent gesteigert. Der Treuhänder von Brandenburg hat die Frauenlöhne der Glasindustrie dem Bezirk Niederschlesien angepaßt, d. h. um 2 bis 4 Pfg. verkürzt. Vor 1933 betrug die Sätze 22 bis 48,5 Pfg. pro Stunde, heute nur noch 20 bis 44 Pfg. In Schlesien sind jetzt die Frauenakkordlöhne um durchschnitts 20 Prozent abgebaut worden.

Die Akkordsätze werden im Dritten Reich von den Unternehmern diktatorisch verändert, d. h. herabgesetzt. Das Landesarbeitsgericht Wuppertal hat es fertiggebracht, die Akkordbasis derart zu verschlechtern, daß der Stücklohnverdienst unter dem tariflich bestimmten Zeitlohn liegt. Das Organ der Arbeitsfront in Westdeutschland sieht die wachsende Empörung der ausgebeuteten Arbeiter und schreibt:

»Es ist kein Geheimnis, daß gerade die Akkordberechnung viel Mißstimmung erzeugt und die Akkordschere ist nicht nur das Schreckgespenst aller Schaffenden, sondern sie ist häufig geeignet, die Gemeinschaftsbasis im Betriebe zu zerschneiden und dadurch wieder klassenkampfähnliche Stimmungen zu erzeugen.«

Es dürfte der Arbeitsfront nicht verborgen geblieben sein, daß die Akkordschinderei in der Erzeugung von »klassenkampfähnlichen Stimmungen« noch durch den täglich sinkenden Kaufwert der Reichsmark wesentlich unterstützt wird. Wenn ferner das Reichsarbeitsblatt die letzte Lohnerhebung etwas wortkarg kommentiert:

»Ein Vergleich mit der Erhebung vom März 1936 zeigt die Eigenart der Lohnentwicklung im gegenwärtigen Aufstieg der Wirtschaftstätigkeit.«

so dürfte die Eigenartigkeit weniger bei den Erhebungsergebnissen gelegen sein, als vielmehr an dem faschistischen Regime. Man verwechselt Aufstieg der Wirtschaft mit Aufstieg von einigen hunderttausend Nazibonzen verbunden mit dem Anstieg von Hunger und Elend der breiten Massen. Das alles fällt noch in die Zeit vor dem Inkrafttreten der Göring-Anordnungen gegen die deutschen Arbeiter. Welch »klassenkampfähnlichen Stimmungen« werden erst erzeugt, wenn Görings Anordnung in diesen Wochen in die Tat umgesetzt werden soll!

Das Stück

»Ich fühle mich in diesem Augenblick als nichts anderes und als nur ein Stück dieses Adolf Hitler, als dessen Vertreter ich hier stehe, um von Deutschland zu sprechen.«

(Prinz Aulwi bei einer Kampfersammlung in Hellberg [Ermland] laut Bericht der »Preussischen Zeitung« Nr. 318)

Danzig — die nächste Etappe

Das Dritte Reich schafft vollendete Tatsachen

Der Terror geht weiter

Während in den Hauptstädten der interessierten Mächte die Danziger Frage seit Monaten diskutiert und erwogen wird, schreitet der Nazi-Terror in der unter dem Schutz des Völkerbundes stehenden »Freien« Stadt ununterbrochen fort. Nach der polizeilichen Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, die eine Welle von Massenverhaftungen in ihrem Gefolge hatte, nehmen die Haussuchungen kein Ende. Man sucht nach Flugblättern, die angeblich verbreitet worden sein sollen, nach ehemaligem Parteieigentum, man sucht, um die der Polizei bekannten Sozialdemokraten ständig unter Druck zu halten. Man verhaftet Arbeiter, die ihr Leben lang unerschrockene Kämpfer für die Sozialdemokratie gewesen sind, um von ihnen Erklärungen darüber zu erpressen, daß sie sich nicht wieder im Sinne der Sozialdemokratischen Partei betätigen werden. Seit einer Reihe von Wochen befinden sich, neben etwa 40 Funktionären der Partei, der verantwortliche Redakteur der »Danziger Volksstimme«, Franz Adomat, und mit ihm die technischen Leiter des Druckereibetriebes der »Volksstimme« in Schutzhaft. Gegen den Inhaber des Verlages der »Volksstimme«, Anton Fooker, hat man ein Strafverfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehung eingeleitet und einen Richter gefunden, der Fooker zu 17.000 Gulden Geldstrafe und zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Der Richter wagte es zwar nicht, den gegen Fooker erlassenen Haftbefehl aufrechtzuerhalten. Dennoch hat Fooker, der sich bereits seit Wochen in Haft befand, die Freiheit nicht gesehen. Die politische Polizei nahm ihn nach der Urteilsverkündung in Schutzhaft.

Noch immer sitzt auch der Führer der bisher nicht verbotenen Deutschnationalen Volkspartei, der ehemalige Senator Dr. Blavier, in Schutzhaft. Gegen die noch nicht gefügig gemachten Mitglieder der Deutschnationalen Partei versucht man mit wirtschaftlichem Druck vorzugehen. Ueber die katholische Zentrumspartei ergießt sich der Kübel der Verleumdung. Man beschuldigt sie der Bundesgenossenschaft mit dem »Bolschewismus«. Man schreckt aber auch nicht davor zurück, ihre Versammlungen zu überfallen und die Versammlungsbesucher zu verprügeln. Herr Forster, der Gauleiter der NSDAP in Danzig, hat schon wiederholt das bevorstehende Verbot der Zentrumspartei angekündigt.

Mit allen Mitteln der Propaganda und des Drucks versucht die NSDAP die Bevölkerung einzuschüchtern. In zahlreichen öffentlichen Versammlungen — für guten Besuch wird durch Kontrollkarten gesorgt, die in den Betrieben ausgegeben werden — verkünden Propagandareder die baldige »Heimkehr« Danzigs ins Reich. Mit der Begründung, daß im Dritten Reich niemand unorganisiert sein darf, werden Arbeiter in die Arbeitsfront oder in eine andere nationalsozialistische Organisation gepreßt. »Zurück zum Reich«, das ist das Schlagwort, dem man nicht nur mehr in der Flüsterpropaganda, sondern schon ganz öffentlich in den Nazi-versammlungen begegnet.

Machtlos sitzt in Danzig der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Sean Lester, dessen Aufgabe es ist, die Garantie der Verfassung durch den Völkerbund zu sichern. Niemand wagt es noch in Danzig, sich an ihn um Schutz zu wenden. Das einzige Ergebnis eines solchen Unternehmens wäre eine sofortige Inschutzhaftnahme durch die Polizei. Lesters an den Senat gerichteten Proteste bleiben seit langem unbeantwortet. Täglich wird so der Danziger Bevölkerung das Versagen ihres Schutzherrn, des Völkerbundes, offensichtlich. Fünf Monate währt schon dieser Zustand, aber noch immer berät man in den Hauptstädten der interessierten Mächte...

Die Haltung des Völkerbundes

In letzter Zeit ist nun in diesen Beratungen eine neue Etappe zu verzeichnen gewesen. Anlässlich des Besuchs des polnischen Außenministers in London ist — wenn auch das über die Beratungen der beiden Außenminister veröffentlichte Kommuniqué kein Wort darüber enthielt — über die Lage in Danzig gesprochen worden. Bekanntlich ist der englische

Außenminister Eden der ständige Berichterstatter für die Danziger Angelegenheiten im Rat des Völkerbundes, während die polnische Regierung durch einen in der letzten Genfer Ratstagung gefaßten Beschluß mit der besonderen Prüfung der Lage in Danzig betraut worden ist. Da Polen diesen Auftrag noch nicht durchgeführt hat und erst in der nächsten Ratstagung Bericht erstatten wird, kommt den Londoner Beratungen in bezug auf Danzig erhöhte Bedeutung zu. Ist es doch selbstverständlich, daß Polen das Bestreben gehabt hat, für seinen Bericht die vorläufige Billigung der englischen Regierung und damit den Rückhalt für die Durchführung seines Danziger Auftrages zu erhalten. Ohne eine solche Rückendeckung glaubt man offensichtlich in Warschau, nicht auskommen zu können. Ueber das Ergebnis der Londoner Besprechungen in bezug auf Danzig ist bisher — außer einigen Vermutungen, die in der Presse ausgesprochen wurden — nichts verlautet. Auf eine Anfrage im Unterhaus hat der englische Außenminister Eden lediglich erklärt, daß die polnische Regierung wegen des Danziger Verfassungskonfliktes mit dem Danziger Senat in direkte Verhandlungen eintreten werde.

Man muß schon sagen, daß bereits eine geraume Zeit verstrichen ist, um auch nur bis zu diesem zunächst bescheidenen Fortschritt in der Erledigung der Danziger Frage zu gelangen. Wenn der ganze Fragenkomplex im gleichen Tempo weiter verfolgt werden sollte, so kann man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß alle Aktionen zu spät kommen werden, weil inzwischen die Danziger Nazis unter dem Kommando von Berlin ganze Arbeit gemacht und auch die letzten Reste der vom Völkerbund garantierten Verfassung beseitigt haben werden. Daß das aber nicht nur die ständige Unterdrückung von 400.000 Deutschen bedeutet, deren Mehrheit in einem heldenmütigen dreijährigen Kampf ihren Willen zur Erhaltung der Demokratie bewiesen haben, dürfte den interessierten Mächten, vor allem aber Polen, klar sein. Polen selbst hat stets betont, daß die Verfassung nur ein Stück des Statuts der Freien Stadt darstellt, das Danzig in erster Linie zu einem Hafen für Polen bestimmt und Polen besondere Rechte einräumt. Eine vollkommene Gleichschaltung Danzigs kommt einem direkten Angriff des Dritten Reiches gegen Polen gleich. Und in dieser Tatsache wird erst die europäische Bedeutung des Danziger Verfassungskonfliktes erkennbar.

Danzig und der deutsch-polnische Zehn-Jahres-Pakt

Seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Zehn-Jahres-Paktes im Januar 1934 war das deutsch-polnische Verhältnis von größeren Belastungen leidlich frei geblieben. Der Konflikt, der um die Nichtzahlung der deutschen Beiträge zum deutschen Transitverkehr durch den Korridor Anfang 1936 ausgebrochen war, hatte eine langsame aber gütliche Regelung erfahren; die verschiedenen nationalsozialistischen Terrorakte gegen Angehörige der polnischen Minderheit auf Danziger Gebiet waren bisher auf dem Verhandlungswege — durch Zahlung hoher Entschädigungssummen an die Ueberfallenen — wieder gut gemacht worden. Auch zu einer Aufgabe Danziger Hoheitsrechte hatten sich die Nazis wiederholt bereit gefunden, nachdem sie sie durch ihre mutwillige Politik aufs Spiel gesetzt hatten. Erst der jüngste Danziger Verfassungskonflikt, heraufbeschworen durch die maßlose Innenpolitik des Danziger Senats, hat nun die erste wirkliche Trübung im deutsch-polnischen Verhältnis herbeigeführt. Die berüchtigte Rede des Danziger Senatspräsidenten Greiser vor dem Rat des Völkerbundes im Juli d. J., in der der »erste Schritt zur Revision der Danziger Frage« angekündigt wurde, führte in Warschau schnell zu einer neuen Betrachtungsweise des deutsch-polnischen Verhältnisses. Im Zeichen des Danziger Konfliktes fand im September die Reise des Generalinspektors der polnischen Armee, Rydz-Smigly, nach Paris und als ihr Ergebnis die Erneuerung des französisch-polnischen Bündnisses statt. Diese Reise bedeutete nicht nur eine Demonstration. Die Rüstungsanleihe, die sich Rydz-Smigly in Paris sicherte, bewies vielmehr den höchst praktischen Wert des Unternehmens.

Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß der polnische Außenminister Beck auch heute noch von dem Bestreben geleitet wird, nicht nur das französische Bündnis aufrechtzuerhalten, sondern auch den »deutschen Trumpf« im europäischen Spiel nicht ohne Zwang aus der Hand zu legen. Ob es aber möglich ist, das in drei Jahren künstlich aufgeführte Gebäude der polnischen Außenpolitik mit ihren vielseitigen Bindungen aufrechtzuerhalten, wird sich bei der Lösung des Danziger Konfliktes erweisen. Gibt Polen einer Gleichschaltung Danzigs mit dem Dritten Reich statt, so bedeutet das im Endeffekt nichts anderes als eine tatsächliche Einverleibung Danzigs durch Hitler. Vor den Stadtgrenzen des einzigen polnischen Hafens Gdingen würde sich der neugeschaffene Zustand als eine ständige Bedrohung dieses »Tors in die Welt« des polnischen 30-Millionen-Volkes darstellen.

Bei den letzten englisch-polnischen Besprechungen ist eine gewisse Vorentscheidung seitens Polens schon gefällt worden. Das Kommuniqué, das am Tage der Abreise des Ministers Beck von London veröffentlicht wurde, enthält ein grundsätzliches Bekenntnis Englands wie auch Polens zu den Prinzipien des Völkerbundes als dem gegebenen Rahmen zur Organisation des Friedens in Europa. Polen hat damit allen Neben- und Abwegen grundsätzlich abgesagt. Es hat damit auch zum Ausdruck gebracht, daß ihm das Genfer Gebäude für die Sicherung seiner Interessen wichtiger erscheint als die ohnehin sehr problematische Freundschaft zum Dritten Reich, die der offiziellen polnischen Außenpolitik bisher immer als eine Garantie gegenüber dem anderen mächtigen Nachbarn, Sowjetrußland, erschienen ist, während sie in der öffentlichen Meinung Polens zu keiner Zeit auf größere Gegenliebe stieß. Die polnische öffentliche Meinung ist es auch gewesen, die auf die Genfer Rede des Danziger Senatspräsidenten Greiser zuerst mit einem Sturm der Entrüstung geantwortet hat. Sie verlangt nun ein energisches Vorgehen gegen den permanenten Rechtsbruch der Nazis in Danzig und eine enge Anlehnung an die Westmächte als die traditionellen und zuverlässigeren Garanten der polnischen Unabhängigkeit.

Vollendete Tatsachen in Danzig?

Polen hat es bisher in Rücksicht auf sein Verhältnis zu Deutschland vermieden, in den Danziger Verfassungskonflikt direkt einzugreifen. Der Auftrag, den Polen in Genf erhalten und angenommen hat, würde jedoch seinen Sinn verlieren, wenn es weiter in dieser Taktik beharren würde. Die erwähnte Erklärung Edens im Unterhaus kündigt denn auch jetzt eine Aenderung des Verhaltens Polens an. Mit der moralischen Rückenstärkung, die es in der Danziger Frage in London erhalten haben dürfte — gut informierte Kreise sprechen von einem englischen Kandidaten für den vakant gewordenen Posten des Hohen Kommissars in Danzig — soll es sich nun anschicken, seine Aufgabe zu erfüllen. In den letzten Wochen hat zunächst eine Besprechung des polnischen Außenministers Beck mit dem deutschen Botschafter von Moltke in Warschau stattgefunden, von der beide Teile behaupten, daß sie ein »befriedigendes Ergebnis« gehabt habe. Bekanntlich haben Besprechungen mit Nazi-Diplomaten immer ein befriedigendes Ergebnis, die Nazi-Aktionen, die solchen Besprechungen folgen, reden jedoch meist eine andere Sprache. Im vorliegenden Falle braucht man aber nur die Reden der Naziführer in Danzig zu hören, um die wahre Meinung Hitlers zu erfahren.

Polen scheint sich denn auch auf eine neue Periode in den Danzig-polnischen Beziehungen einzurichten. Die Danziger Abteilung im Warschauer Außenministerium ist neu besetzt worden. Der bisherige polnische Generalkommissar in Danzig, Minister Papée, dürfte in nächster Zeit seinen Posten verlassen, um als Gesandter nach Prag zu gehen. Sein Nachfolger soll der bisherige Geschäftsträger in Prag, Legationsrat Chodacki, sein. Aber auch Deutschland hat seinen bisherigen Generalkonsul, von Radowitz, aus Danzig abberufen und will diese Stelle neu besetzen, während die Nazipresse meldet, daß Herr Greiser — entgegen den polnischen Wünschen — wieder als Senatspräsident nach Danzig zurückkehren wird.

Das Dritte Reich und die Danziger

Nazis haben sich, wie gesagt, bisher durch keinerlei Besprechungen in ihrem terroristischen Treiben stören lassen. Neuerdings erfolgten, wie erinnerlich, sogar wieder Ueberfälle auch auf Angehörige der polnischen Minderheit. Man scheint nur darauf zu warten, als Ergebnis der verschiedenen Besprechungen, die in Aussicht stehen, irgend ein neues Agreement, das Polen alle Rechte in Danzig »zusichert«, »feierlich« mit seiner Unterschrift versehen zu können, um dann wieder um so bedenkenloser Verfassung und Verträge zu brechen. Allgemeine Wehrpflicht, Militarisierung des Rheinlandes, Bruch des Strompaktes — und heute ist Danzig an der Reihe! Man bleibt dem Prinzip der Schaffung vollendeter Tatsachen treu.

Die Welt und Polen müssen sich klar darüber sein, daß auch in Danzig die »vollendeten Tatsachen« bestehen bleiben werden, wenn auf sie nicht schnelle und entschlossene Reaktionen folgen. In dem Moment erst, in dem gegen den permanenten Vertragsbruch einmal energisch Front gemacht wird, kann sich ein Wandel in Europa vollziehen. Wird die Danziger Frage zu einem solchen Wendepunkt führen? — Geht aber in Danzig das Recht endgültig verloren, so bedeutet das gleichzeitig eine außerordentliche Schwächung der Stellung Polens im Osten. Ein solcher Ausgang des Danziger Konfliktes würde den ersten Triumph des Hitlerschen Imperialismus in Osteuropa bedeuten und damit dem deutschen Faschismus Tür und Tor zu einer aktiven Politik der Störung des Friedens im Osten öffnen. Wer sich Hitlers aufschlußreiches Ideengewirr aus der »Bibel aller Deutschen«, »Mein Kampf«, in Erinnerung ruft, weiß, was dies zu bedeuten hätte!

Die Retter vor Untergang

»Achtung, Achtung! Hier General Viperio de Guano am Radio Kanallax! Ich gebe die Lage bekannt: Die Rettung des Vaterlandes vor dem Untergang durch uns schreitet fort. Zum Schutz ihrer spanischen Heimat belegen heute unsere italienisch-deutschen Fliegergeschwader Madrid wiederum mit Bomben. Tausend Tonnen Sprengstoff wurden über der Stadt abgeworfen. Hunderte von Wohnhäusern stürzten ein und brannten ab. Die Zahl der getöteten Frauen und Kinder geht in die Tausende, die der Verwundeten läßt sich kaum abschätzen. Krankenhäuser, wissenschaftliche Institute, Gemäldegalerien wurden samt totem und lebendem Inhalt vernichtet. Unter der Bevölkerung brach Panik aus. Hunderttausende verließen die Stadt und irren obdachlos umher. — Wenn das heutige Bombardement nicht zum Schutze der Heimat ausreicht, werden wir morgen zwecks Rettung des Vaterlandes mit Giftgasen wiederkommen. — Es lebe Spanien!« M.

Recht ist...

»Recht ist, was dem nationalsozialistischen Staate nützt,« verkündet die Nazipresse. Vor einer Versammlung der Gauamtsleiter ist Reichsleiter Dr. Frank noch deutlicher geworden. Er erklärte (Sperrung wie in der »Preußischen Zeitung«):

»Recht muß sein, was die NSDAP als Recht erkannt hat.«

Damit hören die frommen Flausen gewisser gleichgeschalteter Rechtsausleger auf. Vor der selben Ansammlung in Burg Vogelgesang leistete sich Rust eine Blüte, die ebenfalls festgehalten zu werden verdient:

»Im Kampf siegt nicht die sogenannte »hohe Bildung«, sondern der kämpferische Charakter. Wir wollen den Charakter entwickeln, und nicht nur totes Wissen. Es muß ein für allemal verhütet werden, daß geistreiche Schwächlinge in die Staatsführung eindringen können.«

Wenn der letzte Satz gegen Göbbels geht, so muß dazu gesagt werden, daß der noch lange kein geistreicher Schwächling ist.

Deutsche Rundfunkkultur

»Und mögen die Spießer auch schelten...« Noch immer gibt es Leute, die glauben, sie müssen hungern, wenn einmal die Butter oder das Fleisch knapper wird. Gott sei Dank sind es nur wenige, und wenn diese wenigen den Mund halten, dann können sie sich einbilden, was sie wollen. Wenn Sie aber anfangen, herumzustänkern, dann schadet es nichts, wenn sie einmal eines auf die Klappe bekommen, was in unserer Sendung am morgigen Sonnabendnachmittag von 3.15 bis 3.30 Uhr im Deutschlandsender geschehen soll. Ankündigung des Deutschlandsenders in der Berliner Presse vom 20. 11. 1936.

»Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring, hat die Geschäftsgruppe Ernährung die NS-Volkswohlfahrt damit beauftragt, die Vorarbeiten für eine großzügige Organisation zur Verwertung der Abfälle in Angriff zu nehmen. An alle Volksgenossen und besonders an die Hausfrauen ist der Ruf »Kampf dem Verderb« ergangen. Wie Ministerpräsident Generaloberst Göring in seiner großen Rede im Sportpalast gefordert hat, wird die NS-Volkswohlfahrt... Küchenabfälle auf die Beine stellen. Diese... bedeuten zusätzliche Futtermittel für die Schweinemast. Durch Errichtung von Schweinemästen am Rande der Städte wird die NS-Volkswohlfahrt eine nutzbringende Verwertung der Abfälle sicherstellen... Voraussetzung für das Gelingen dieses großangelegten Planes ist naturgemäß die aktive und verständnisvolle Mitarbeit der Hausfrau selbst.«

(— Preisfrage: wie mache ich »aktiv und verständnisvoll« in die Müllkiste? Und welche deutschen Abfälle können noch großzügiger verwertet werden, als die aus Braunan und Aegypten? —)

»Sie hat die Möglichkeit, ohne eigentliche Opfer, die noch nicht ausreichende eigene Fettversorgung von sich aus mit zu fördern und damit gleichzeitig, gewissermaßen aus dem Nichts, neue Werte zu schaffen.«

(— Was zu deutsch heißt: gebet den Schweinen, was der Schweine ist, und ihr werdet selber so fett werden wie Hermann, im Wege eines biologischen perpetuum mobile. Trachtet allein dem Reich der Schweine und seiner Gerechtigkeit nach, so wird euch alles übrige von selbst zufallen. —) . . .

»Die Durchführung dieses Planes... ist vor allem deswegen wichtig, weil er geeignet ist, die Fettlücke... verkleinern zu helfen... Gewiß sind keine unerträglichen Spannungen entstanden, aber es hat sich doch manche Unbequemlichkeit und man-

che Notwendigkeit zur Verlagerung in der Ernährung ergeben... Mit dem Ansuchen der für die Schweinefütterung geeigneten Abfälle wird man nicht allzu ängstlich zu sein brauchen: denn das Schwein ist bekanntlich ein Allesfresser im wahren Sinne des Wortes.« (»Deutsche Allgemeine Zeitung«).

Kampf dem Verderb? Wer predigt? Der Verderber.

Was ist Rassenschädigung, wenn das keine ist: täglich Dreck in den Magen, Chloroform in die Nase, Gebrüll in die Ohren und Ohrfeigen an den Kopf zu bekommen? Zu welcher »Haltung« wird der »erzogene«, der nicht nur bestraft wird, wenn er die Wahrheit sagt, sondern schon wenn er nicht aktiv mitlügt oder zur Lüge applaudiert?

Laut »Völkischem Beobachter« vom 6. November sammeln die Postämter Stanniol und Bleituben. Der »Angriff« verkündete schon vorher triumphierend:

»Auch dafür ist jetzt gesorgt, daß unter den 30.000 Lumpensammlern, die in Städten und Dörfern Deutschlands umher-

ziehen, und die ganz überwiegend Juden waren, das arische Element entsprechend der Bedeutung der Aufgabe mehr Haltung gewinnt. Es gibt jetzt in jedem Ort einen arischen Lumpensammler.«

Aber auch Max und Moritz betätigen sich kulturpolitisch an der Müllkiste; früh übt sich, wer ein Lumpenproletarier werden will; das DNB meldet (laut DAZ):

»Reichsjugendführer Baldur von Schirach hat eine Anordnung über die Sammlung und Verwertung von Altmaterial durch die HJ erlassen, in der er auf die erhebliche Schädigung des deutschen Volkvermögens durch achtloses Fortwerfen alter Flaschenkapseln, Tuben, Silberpapier hingewiesen hat. Jährlich gehen dadurch Tausende von Tonnen Zinn und Aluminium im Werte von Millionen Reichsmark verloren... Die Sammlung von allem anderen Altmaterial, wie Lumpen, Papier, Alteisen... wird der HJ ausdrücklich untersagt... Auch soll eine Schädigung der arischen Kleinhändler und Sammler unter allen Umständen vermieden werden... Der

Einsatz der HJ-Formationen erfolgt nicht durch große Aktion und mit großer Propaganda. Nach der Anordnung des Reichsjugendführers soll grundsätzlich jeder HJ-Junge oder Jungvolk-Junge sämtliche Haushaltungen seines Wohnhauses besuchen und die dort zusammenkommenden Altmaterialien aus Nichtmetallen sammeln... Die gesammelten Altmaterialien werden bei einem bestimmten Mitglied der HJ abgeliefert und unter Aufsicht des Geldverwalters an die nächstgelegenen Altmaterialien-Kleinhändler verkauft. Die Erträge des Verkaufes gehören der Gefolgsschafts- bzw. Fähnlein-Kasse.« —

Nann? Oben steht doch zu lesen, daß es sich um »Tausende von Tonnen« und »Millionen Reichsmark« handelt? Wie kommt mir solcher Glanz in meine Fähnlein-Kasse, und wozu? Und wenn es gar keinen solchen Glanz gibt, wozu wird dann das Ganze veranstaltet? Als tägliche Pogromübung? Als indirekte Erpressung durch Kinder, gegen die sich keiner beschweren kann, ohne sich lächerlich zu machen? Als Vorwand für ständige NS-Hausspitzel?

Rassenmischung und Charakterlosigkeit

Schon unter Wilhelm . . .

Um die »wissenschaftliche Untermauerung« des Antisemitismus ist soeben die »Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland« bemüht, die in München zum ersten Male tagt und nächtigt. Es wird im Verlaufe dieser feierlichen Professoren-Sitzung auch viel von der Verderblichkeit jeder Rassenmischung gesprochen werden, viel von den Versuchern des reinen nordischen Blutes, die mit Feuer und Schwert ausgerottet werden müssen. Die Kapazitäten neudeutscher Rassenlehre zitternd, wird man sich sicher dankbar der jüngsten Schriften und Aufsätze eines gewissen Eugen Fischer bedienen, derzeit ordentlicher Professor an der Univer-

sität Berlin, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, eine hervorragende Nummer auf rassischem Gebiet, treu ergeben dem Führer und Herrn. Wir möchten die eifrig sich mühenden Herren vom Ausschluß davor bewahren, eine bedauerliche Unterlassungssünde zu begehen und erinnern deshalb ausdrücklich an ein einschlägiges Werk eben dieses Professors Eugen Fischer, das allerdings schon 1913 erschien, aber dafür in seiner Gründlichkeit kaum zu überbieten ist. »Die Rehobother Bastards und das Bastardierungsproblem beim Menschen« heißt der 327 Seiten starke Band, dem 23 Rehobother Stammbäume und 19 Bildtafeln

beigegeben sind, und der seinerzeit im wilhelminischen Deutschland kein geringes Aufsehen erregte.

Damals spielte nämlich die Verbindung weißer Kolonisten mit farbigen Eingeborenen ungefähr die Rolle in der deutschen Öffentlichkeit, die heute der jüdisch-arischen »Rassenschande« zuerkannt wird. Zwar stellte man sich, da es in den Schutzgebieten an weißen Frauen fehlte, auf den nützlichen Standpunkt, es sei weiter keine Sünde, die farbigen »Weiber« mit Mischlingakindern zu beschenken. Aber wehe, wenn so etwas in eine dauernde Verbindung auszuarten drohte — die tiefste Verachtung aller umwohnenden weißen Brüder war dem Schuldigen ge-

weiß. Was die unehelichen halbweißen Kinder anlangte, so galt es als smart und christlich, sie ihrem Schicksal zu überlassen. Denn so ein Mischling, das war die herrschende Ansicht, vereinigte nicht nur die schlechten Eigenschaften beider Elternrassen miteinander, er verdoppelte sie sogar. Natürlich nahm sich niemand die Mühe, diese Behauptung nachzuprüfen, wie ja auch die Männer um Streicher, die auf dem gleichen Standpunkt stehen, eine etwa angebotene sachliche Prüfung und Wertung ihrer Schmähobjekte mit allen Mitteln hintertreiben würden. Aber halt — ein einziger machte sich wenige Jahre vor dem Weltkrieg auf, um »Material zu sammeln, ein strammer Gegner der Rassenmischung, geneigt, das Schlechteste zu glauben: Professor Dr. Eugen Fischer. Was er an Ort und Stelle beobachtet hatte, verwertete er 1913 in dem oben erwähnten Buch über die »Rehobother Bastards«.

Das »tüchtige Bastardvölkchen«

Die Rehobother sind eine verhältnismäßig junge Mischung zwischen Holländern (Buren) der Kapkolonie und Hottentottenfrauen, also ein Gemenge sehr gegensätzlicher Rassen. Sie kamen in der Stärke von etwa 250 Personen 1869 nach Rehoboth in der damals deutschen Kolonie Südwestafrika. Im Jahre 1890 siedelten noch rund 60 Personen gleicher Mischung hinzu. Als Professor Fischer seine Untersuchungen begann, war die »Rehobother Nation« infolge bedeutender Fruchtbarkeit auf rund 2500 Köpfe angewachsen. Unter den 37 »Stammvätern« befanden sich übrigens, wie Fischer nachweisen konnte, 11 Deutsche.

Fischer ging mit den genauesten Meßinstrumenten zu Werke, verfertigte säuberliche Tabellen, photographierte, verglich, berechnete nach Herzenslust und stellte Stammbäume auf, die nicht etwa bei der heute üblichen Großmutter halt machten, sondern bis zu den Ur-Urahnen zurückreichten. Dann erst machte sich der Wahrheitsucher daran, die Eigenschaften des »Bastardvölkchens« im einzelnen zu prüfen, dieses Völkchen, von dem er später sagte, er habe es »schätzen gelernt, ja es sei ihm sogar »ans Herz gewachsen«. Wir zitieren in wörtlichen Auszügen, was er in seinem Buch über die Buren-Hottentotten-Mischlinge aussagte.

»Mischlinge sollen bekanntlich schwächliche, mehr oder minder entartete, häßliche, mit allerlei Gebrechen behaftete Geschöpfe sein. Eugen Fischer berichtet:

»Die Körpergröße der Bastardmänner beträgt im Mittel 168,4 cm. Das ist eine recht stattliche und auffällige Größe. Die reinen Hottentotten sind sicher ein beträchtliches Stück kleiner. Aber auch gegenüber der europäischen Ahnenseite ist die Größe bemerkenswert... so daß die Bastards 1 cm über dem heutigen holländischen Mittel stehen...

Wenn man die Gesichter nun an sich vorbeiziehen läßt, merkt man erst, wie schwer es ist, sie mit Worten zu bezeichnen. Da haben wir Typen, die an deut-

sche Bauerngesichter, fernere oder derbere erinnern und (von der Farbe oder Haarform sehe ich dauernd ab) kaum einen fremden Zug aufweisen, andere sind noch größer.«

Nun zum Charakter des im deutschen Regierungsrapport von 1890 als »faul, träge und leichtsinnige bezeichneten Durchschnittsmischlings:

»Ein erst mehr zufällig, durch Blutsverwandtschaft, durch Zugehörigkeit zum selben Seelsorger lose zusammengehaltener Trupp Menschen ist in 20 Jahren harter Arbeit, vieler Gefahren und Kämpfe zu einem richtigen Volk zusammengeschweißt worden. Die junge Generation ist in einem festen Verbände aufgewachsen, hat Tradition, Zusammengehörigkeitsgefühl bekommen, hat den Grund und Boden, um den sie und ihre Väter kämpfen mußten, lieben, als eigen und angestammt betrachten gelernt.«

Gleicht das nicht einer Blubo-Schilderung aus einem holsteinischen Bauerndorf? Weiter:

»Man sieht ein vielgestaltiges Bild, man darf sagen, es ist im ganzen nicht unerfreulich. Es ist ein tüchtiges Völkchen (bei geeigneter Behandlung der zwei Klippen: Stolz und Alkohol) das beste der Kolonie... Diebstahl, Veruntreuung kommt z. B. in Rehoboth äußerst selten vor. Worthalten gilt als anständig und wird auch entsprechend gepflegt. (Man vergleiche nicht mit Hitlerdeutschland, Red. d. N.V.) Endlich die Intelligenz. Sie ist nicht gering, sicher sind viele Bastards ebenso intelligent wie Buren. Sie können vielfach lesen, schreiben, rechnen. Die Jugend lernt in der Schule ganz gut, die jüngere Generation spricht drei Sprachen. Sie lernen auch gut, sich in neue Dinge zu schicken, verstehen neue Verhältnisse oft ganz treffend und gut zu durchschauen.«

Also ist mehr als eine Eigenschaft vorhanden, deren sich mancher Vertreter eines »hochrasigen« Volkes nicht rühmen kann.

Deutsche Dankbarkeit

Welcher Lohn wurde nun unter deutscher Schutzherrschaft dem »besten Völkchen der Kolonie« zuteil, das den Boden so fleißig besackte und in harter Arbeit eine richtige Nation wurde? Fischer spricht von allerhand Selbstverwahrungsrechten — aber als größte Ehrung hebt er hervor, daß die Rehobother Männer im Verband der deutschen Schutztruppe dienen »durften«. Und siehe — sie erwiesen sich als gute Soldaten:

»Die Bastards bewährten sich durchaus, kämpften tapfer und zeigten sich als tüchtige Verbündete... Alle Teilnehmer des Herero-Feldzuges sind des Lobes voll über die Bastardtruppe; General von Trotha hat vor den Kämpfen am Waterberg die Bastards dadurch ausgezeichnet, daß er sie (und die Witboois) in der vordersten Front befehl, alle anderen Hilfsvölker mußten in die zweite Staffel zurück.«

Und Eugen Fischer bemerkt: man müsse es dem Bastardvolk »hoch anschlagen, daß es in dieser kritischen Zeit treu zu uns stand«. Hoch anschlagen — wie hoch wohl? Nun etwa genau so hoch wie den Juden ihre Leistungen im Weltkrieg. Nachdem Fischer die Bastards genug gelobt hat, bricht am Ende wieder sein nationales Gemüt durch:

»Das Bastardvolk ist zwar, wie oben angeführt, wirtschaftlich, nach Arbeits- und Verwaltungsfähigkeit meiner Meinung nach

dem reinen Eingeborenstamm überlegen. Aber dem Weißen gegenüber würde es keinerlei Konkurrenz aushalten können.«

Natürlich nicht! Wo auf der Welt wäre ein Eroberervolk seinen sogenannten »Schutzvölkern« nicht überlegen. Fischer folgert daraus:

»Der Standpunkt, man lasse sie dann eben zugrunde gehen, wenn sie es nicht besser können, ist natürlich unhaltbar, solange wir hoffen können, im Bastardvolk für uns eine wertvolle Bevölkerung zu erhalten und zu erziehen, die bestimmte Arbeit in der großen und nötigen Arbeitstellung einer Kolonialkultur übernimmt — aber auch nur so lange!... Also man gewähre ihnen eben das Maß von Schutz, was sie als uns gegenüber minderwertige Rasse gebrauchen, um dauernden Bestand zu haben, nicht mehr und nur so lange, als sie uns nützen — sonst freie Konkurrenz, d. h. hier meiner Meinung nach Untergang!«

Deutsche Dankbarkeit! Ob die Kolonialvölker »nützen« können, das hängt natürlich nicht nur von ihnen ab, sondern mehr noch von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation. Adolf Hitler hat sich gegen die »Unterstellung« gewehrt, die maßgebenden Deutschen seien ihrer rassenfanatischen Engstirnigkeit wegen nicht in der Lage, über farbige Völker menschlich zu herrschen. Hier hat ein im Dritten — mehr noch als im wilhelminischen — Reich hoch angesehener Professor einen schönen Beweis für diese Engstirnigkeit geliefert, und alle, die sich für die Zuweisung von Mandatsgebieten an Deutschland einsetzen, sollten diesen Abschnitt des Rehobother-Buches lesen. Wenn schon ein (wohlgemerkt zu jener Zeit bastardfreundlicher und um Wahrheitsfindung bemüht) Professor anno Wilhelm solches schrieb — was geschähe wohl den Eingeborenen unter Hitlerscher Herrschaft, wenn sie eines Tages aufhörten, »nützlich« zu sein!

Vom »nachgebeteten Unsinn«

Aber kehren wir zu unseren Professoren in München zurück, zu der »Forschungsabteilung Judenfrage«. Die Herren könnten einwenden, bisher habe es sich nur um die vergleichsweise edlen Hottentotten und ihre gemischten Nachfahren gehandelt, sie aber hätten es mit den ihrer Meinung nach rassistisch bedeutend tiefer stehenden deutschen Juden zu tun. Nun, die folgenden Sätze beziehen sich keineswegs nur auf die Rehobother, sie sind allgemein gefaßt und sollen prinzipiell verstanden werden. Zunächst gießt Eugen Fischer einen gehörigen Schuß kaltes Wasser ins wallende nordische Blut:

»Wir dürfen ja doch als sicher annehmen, daß Rassenmischung im größten Maßstabe die Entstehung fast aller Völker begleitete, alles, was wir zum Beispiel über die Urzeit der europäischen Völker wissen, spricht dafür, wir dürfen überall als festgestellt ansehen, daß sich eine Erobererschicht über die ansässige Bevölkerung überschob und daß dann generationenlang Rassenmischung stattfand — auch zwischen ziemlich fernstehenden Rassen... Man wird geneigt sein anzunehmen, daß überall, wo menschliches Haar nachdunkelt, Rassenkreuzung

besteht. Die Erfahrungen bei uns in Europa können diese Annahme nur bestätigen. Wir haben ja hier nachgewiesenermaßen vorab in Zentraleuropas starke Mischung verschiedener Rassen — und das Nachdunkeln ist fast als die Norm zu bezeichnen.«

Wir erinnern uns, hellblonde Kinderbilder derzeitiger allerhöchster deutscher Führer gesehen zu haben, die — verglichen mit den erwachsenen Originalen — diese »Norm« durchaus bestätigen. Aber die also Gerichteten mögen sich noch so sehr vor sich selbst eckeln — Fischer findet die Sache nicht weiter schlimm, denn er ist der Meinung:

»Der oft gehörte Satz, daß Bastarde stets schlechter als beide Elternrassen sind, vor allem moralisch, ist ein Unsinn, der durch die zahllose Wiederholung nichts von seinem unsinnigen Charakter verliert. Ich verzichte auf Belege, wie oft der Unsinn nachgebetet und abgedruckt wurde. Er gilt vielen als erwiesene Tatsache.«

Vielleicht trinken die Herren vom Münchener Ausschuß, nach dem sie diese ungeneigere Ketzerei ihres hochverehrten Berliner Kollegen gelesen haben, zunächst mal einen Schnaps und schlagen dann — zum Trost — die »Kleine Erb- und Rassenkunde« von Meyer-Dittrich-Zimmermann auf, bestimmt für den Schulgebrauch in Sachsen, bearbeitet vom Gaureferat für Rasse und Erziehung im NSLB Gauverband Sachsen. Dort werden sie zu ihrer Erleichterung lesen, daß Fischers ganze Reise nach Afrika für die Katz war und daß heute kein Mensch mehr zu glauben braucht, was der Mann da unten mit eigenen Augen sah. Denn aus diesem Buch lernen die deutschen Kinder:

»In der Vererbungslehre haben wir die Gesetze der Rassenkreuzung kennengelernt. Wir sahen, daß dadurch, daß sich zwei Rassen miteinander mischen, ein Mischling entsteht, der in seinen Anlagen weder dem Vater noch der Mutter gleicht. Kreuzt man zwei Hunderassen miteinander, etwa einen Schäferhund und einen Bernhardiner, so entsteht ein Köter, der wertlos ist und für Zuchtzwecke nicht mehr taugt, ein häßliches Geschöpf... Deshalb ist es eine Rassenchande, wenn ein Deutscher eine Negerin heiratet. Die Kinder sind dann weder Deutsche noch Neger, sie wissen nicht, wohin sie gehören, ihr Körper und ihre Seele gehören zur Hälfte der einen, zur Hälfte der anderen Rasse. Sie müssen innerlich und äußerlich unglückliche Geschöpfe werden. Wir haben gelernt, daß auch das jüdische Volk das Blut außereuropäischer fremder Rassen in sich trägt. Die Mischlinge zwischen Deutschen und Juden werden deshalb oft unglückselige Lebewesen sein.«

Aber auch hier war Prof. Dr. Eugen Fischer sogar noch 1933 anderer Meinung und wenn die Herren in München einen Beweis dafür brauchen, daß der allgemein geschätzte Eugen Fischer aus der Ari geschlagen und für das Dritte Reich längst untragbar ist, so mögen sie eine Rede nachlesen, die am 29. Juli 1933 — im sechsten Monat der Hitlerschen Kanzlerschaft und vier Monate nach dem ersten Judenboykott — in der Aula der Berliner Universität von dem dama-

Simpl 1936

»Sie wollen ein guter Deutscher sein und wissen nicht, was für einen Gedenktag wir heute haben? Na, dann will ich's Ihnen sagen: Heute vor hundert Jahren hat die Artillerie die schwarzen Sammetkragen verliehen bekommen.«

Wo steht das? Ein neuer Flüsterwitz gegen den Militärfinn des Dritten Reiches? Im Gegenteil, ein sehr alter Witz aus den ehrlichen Vorkriegszeiten des Simplicissimus. Blättert man in den alten Bänden, so staunt man nicht nur über die Aktualität vieler dieser Satiren von ehemals, sondern man erkennt verblüfft, wie sehr die aktuellsten hinter der braunen Wirklichkeit von heute zurückbleiben. Wenn der alte Simpl einen Fürsten stöhnen läßt: »Ja, das Regieren ist eine schwere Aufgabe; die andern amüsieren sich, ich studiere neue Möglichkeiten der Uniformierung.« — so werden die Göring und Pg. sich fragen, was es dabei zu lachen gibt. Und wenn in einer von Ludwig Thoma vor dreißig Jahren herausgegebenen Witzsammlung ein uniformierter Bräutigam auf die Frage, was sein Schwiegervater ist, keinen Beruf angibt, sondern schneidig rapportiert: »Mein Schwiegervater war Einjährig-Freiwilliger im zweiten Garde-Dräger-Regiment — so braucht man statt des Einjährigen und des Regiments nur SS, SA oder Reitersturm zu setzen, und das Gespräch könnte sich drüber jeden Tag ein paar Mal ereignen. Ebenso wie der ekstatische Reisebericht von einer Nordlandreise, diese militäristische Begeisterung vor dem Gletschern und Fjorden: »Man möchte permanent stramm

stehen und die Hacken zusammenschlagen...«

Die ganze Lächerlichkeit der braunen Mentalität wird in diesen satirischen Sprüchen aufgerollt. Da sitzt der Allerhöchste und sinnt, was er geworden wäre und kann sich nichts denken, was er hätte werden sollen, hätte man ihn nicht zum obersten Landesherrn gemacht. Er denkt es für die ganze Bonzokratie der Geschickerten und Entgeisterten. Da wird die Frau gut hakenkreuzlerisch gewertet: »Ich halte das Weib, wenn gut gezogen, für ein ganz nützliches Haustier.« Da entschuldigt sich ein Richter vor einem Rowdy: »Sie können verächtelt sein, Herr Graf, es war mir selber peinlich genug. Aber der Mann war infolge Ihrer Verletzung drei Monate arbeitsunfähig, nach dem Gesetz muß ich Sie da verurteilen.« Und der Graf antwortet: »Ja, Heber Amtsrichter, wenn Sie sich vom Gesetz beeinflussen lassen...!« Man setze für den Grafen einfach SS-Mann und der Richter kommt gar nicht erst in solche Verlegenheit.

Einem Zuchthäusler wird ein marxistischer Redakteur übergeben: »Sie bekommen einen Redakteur der Umsturzpresse als Zellengenossen; Sie haben sich zehn Jahre lang ausgezeichnet geführt. Lassen Sie sich Ihre loyale Gesinnung nicht vergiften durch seine Ideen, seien Sie ihm im Gegenteil ein Vorbild und erziehen Sie ihn durch Ihr gutes Beispiel zu einem braven Mitglied unseres Hauses...« Heute werden Kriminelle daru angestellt, Redakteure der »Umsturzpresse« im KZ zu erneuern und kaputt zu schlagen. Ein Dorfdirndl klagt: »Der Sommerfrischler lecht a Freimaurer g'west, hat der Pfarrer

g'sagt. Jetzt wer i epper mit an Hölleufel niderkommen.« — und was einat ein Witz war, das verkündet heute die Nazipresse als Staatsmeinung. Und wenn bei Thoma einer seine Ahnentafel kommentiert: »Mein Großvater war zwar ein gemeiner Schweinehund, aber als Ahne zählt er doch.« — so wäre 1936 zu ergänzen, daß der rassenreine Schweinehund heute drüber erheblich mehr zählt als ein Genie mit unklarem Stammbaum.

Auch die alten Satiren gegen die Ungeistigkeit werden von der Wirklichkeit übertrumpft. »Aus unserm Jungen wird sicher mal was Großes, er kann schon feste Hurra schrei'n...« Man setze zum Hurra noch »Heil Hitler« und man hat den Nazifunktionär, der kaum noch was zu lernen braucht: »Nun, wie wars denn in der Prüfung?« — »Geschwitz haben vor Angst die Professoren.« Das gehört zu den Flüsterwitzen der SA, man hat den alten Kalauer nur auszugraben brauchen. Und so lacht denn heute drüber niemand mehr, wenn er etwa im alten Simpl einen Studenten vernimmt: »Aufs Können kommt es später ja doch nicht so sehr an, die Hauptsache bleibt immer die Gesinnung.« Das könnte aus einer Rede von Rust, Mutschmann etc. sein und galt einmal in demselben Lande als scharfe Satire.

Der wilhelminische Bürger schüttelte damals ob solcher Uebertreibungen den Kopf. Derart ist Deutschland erneuert worden, daß selbst die autokratischsten Simpli-Serenissimi beinahe etwas gemütvoll Harmloses bekommen haben und einer erheblich besseren Welt anzugehören scheinen. Wenn so ein kleiner Despot von Anno dazumal nachts im Schlafe brüllt: »Hilfe! Hilfe! Herrgott, war das

schrecklich! Mir hat geträumt, ich wär mein eigener Untertan« — so erscheint dies Alptrücken immer noch als Kleinigkeit neben dem, was die allerhöchsten Herrschaften des Dritten Reiches in solchen Träumen auszustehen haben. Denn von Serenissimus zu Hitler, das ist der Rückfall vom aufgeklärten Absolutismus zum absoluten Sadismus, vom Herrenhaus zum Irrenhaus. Da kommt der Satiriker nicht mehr mit.

Aber so matt diese ehemals scharfen Witze neben der braunen Gegenwart erscheinen, so weit ihre Pointen hinter der Rückentwicklung auch zurück bleiben: wenn drüber jemand auch nur einen Bruchteil dieser Fröbchen drucken wollte, er käme aus dem Zuchthaus so bald nicht mehr heraus.

Bruno Brandy.

Militanter Pazifismus

Ein neues Buch von Wickham Steed

H. W. Steed, der frühere Chefredakteur der »Times« und Verfasser zahlreicher politischer Schriften — besonders auch über den deutschen Nazismus — hat im Verlag von Constable und Co. in London ein neues Buch erscheinen lassen: »Vital peace, a study of risk«. Das gedanken- und materialreiche Werk ist eine Streitschrift gegen den orthodoxen Pazifismus, der mit seinem blutleeren Appell an den Intellekt die Herzen der Jugend nicht gewinnen kann. Ein großer Teil der Jugend, auch der englischen, sieht im Krieg das große Abenteuer, das oben gerade wegen seiner grausamen Ungeheuerlichkeit reizt und lockt. Steed will dem Abenteuer des Krieges das »Abenteuer des Friedens« entgegenstellen, ein Abenteuer, das

gen Rektor gehalten wurde. Dieser Rektor hieß Eugen Fischer und wagte damals noch zu sagen:

»Daß in dieser Hinsicht die nationalsozialistische Politik vor allem gerade gegen die Juden geht, ist einfach damit zu erklären, daß dies das einzige, zahlenmäßig überhaupt in Betracht kommende rassenverschiedene Element in unserem Land und Volk ist. Daß körperliche und geistige Unterschiede sind, kann objektiv niemand leugnen. Ich spreche kein Werturteil aus, wenn ich das feststelle. Ich gehe sogar so weit, theoretisch zu sagen, ein gleichmäßig aus arischen und jüdischen Bestandteilen gemischtes und gekreuztes Volk könnte eine sehr aner-

kennenswerte Kultur schaffen, aber es wäre niemals dieselbe, die auf rein volksdeutschem Boden wuchs...«

Nun, Fischer geht jetzt nicht mehr so weit, theoretisch von einer solchen denkbaren »mehr anerkanntenswerten« Kultur zu sprechen. Er, der es schon einmal besser gewußt hat, wagt heute weder die »Reinheit« des nordischen Blutes, noch die »verabscheuenswerte Minderwertigkeit« der jüdischen Rasse, weder die Hochrassigkeit eines Göbbels, noch die in den Schulen gelehrt Köttertheorie anzuzweifeln. Als Professor in Berlin plätschert der Freund des Rehobother »Bastardvölklein« munter im Pfuhl des Rasschasses und

der rassistischen Ueberheblichkeit. Aber die Charakterlosigkeit, die den neuen aufrechten Norden nun mal auszeichnet, hat sich bis jetzt noch nicht auf die Druckerzeugnisse übertragen. Das Buch über die Rehobother enthält noch die gleichen Sätze, die 1913 hineingedruckt wurden, die 1933 als Broschüre gedruckte Rektorenrede hat sich nicht verändert. Und so kann man an Hand selbst jener Bücher, die von Rasseprofessoren stammen, eindeutig feststellen, daß die deutschen Wissenschaftler, ohne jede Rassennischung, einfach auf Befehl, mit den Jahren immer mehr von ihrer Weisheit einbüßen. Deutschland wird dümmere.

opfer, von der »Ertüchtigung« hinweggerafft, teils Gemeuchelte, die dem gangsterhaften unterirdischen Cliquenkampf des braunen Systems erlagen. Manchmal ist der »Unfall« auch ein Selbstmord — ein Selbstmord mit guten Gründen. Unterschlagungen sind ja in allen braunen Amts- und Parteistellen an der Tagesordnung. Kommt eine unerwartete Revision — sie läßt oft jahrelang auf sich warten und noch häufiger erfolgt sie gar nicht — so bleibt noch immer der Strick, der Gasbahn, der Revolver.

Die unheimlichen und »plötzlichen« Todesfälle sind so zahlreich geworden, daß der Leser sie kaum mehr beachtet. Aber manchmal, wenn die Hintergründe allzu deutlich werden, steigt aus den schwarz geränderten Zeilen doch das große Grauen auf.

In der »Preussischen Zeitung« vom 13. XI. 1936 steht folgende Anzeige:

Ein unerforschliches Schicksal entriß uns gestern, den 12. November 1936, einen unserer besten, den Ortgruppenleiter Karl Hoffmann. Er war uns stets ein guter Kamerad. Bis zu seinem Ende hat er treu zu seiner Ehre und seinem Eide gestanden. Sein Ehrenschild blieb sauber und rein. Wir haben in ihm einen aufrichtigen, ehrlichen und treuen Parteigenossen und Nationalsozialisten verloren. Ehre seinem Andenken! Senkt die Fahnen! Der Kreisleiter.

Wieder das Uebliche: »Ein unerforschliches Schicksal...« Was ist geschehen? Unglücksfall? Kaum. »Sein Ehrenschild blieb sauber und rein« — betont man das, wenn einer vom Motorrad stürzt? Also natürlicher Tod? Diese Möglichkeit wird durch eine Anzeige ausgeschlossen, die am selben Tage erschien:

Durch ein tragisches Schicksal wurde uns am Donnerstagmorgen, dem 12. November 1936, unser Ortgruppenleiter, Parteigenosse Karl Hoffmann im Alter von 40 Jahren entzogen. Gleichzeitig folgten ihm seine Ehefrau, die Parteigenossin Hedwig Hoffmann und sein Sohn, der Jungenschaftsführer Günther. Parteigenosse Hoffmann hat schon lange vor der Machtergreifung für die Bewegung aktiv gekämpft und unserer Ortgruppe nach dem 30. Januar 1933 in treuester Pflichterfüllung vorgestanden. Sein Geist wird in unseren Reihen weiterleben. NSDAP, Ortgruppe Hagen. Der Ortgruppenleiter-Stellvertreter: Bernhard Klein. Der Tag der Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Der Tag der Beerdigung wurde bekanntgegeben, und zwar am 15. November:

Die Beerdigung des Ortgruppenleiters Parteigenossen Karl Hoffmann und Familie findet am Dienstag, dem 17. November 1936, um 14 Uhr von der Hardenbergstraße 28 aus auf dem Neuen Luisenfriedhof statt.

Der »plötzliche« Tod einer ganzen Familie, des Mannes, der Frau, des etwa 16jährigen Sohnes trat am 12. November ein, die Beerdigung erfolgte sechs Tage später. In der Unfallrubrik — nichts. Nach der Beerdigung — kein Wort, keine Zeile, obgleich gerade in der Hitlerpresse breite Schilderungen jeder parteiwichtigen Totenfeier üblich sind.

Nichts. Schweigen. Was geschah? Selbstmord? Hinrichtung? Die nächsten Nachbarn dürfen nicht fragen. Nur ein Geflüster, ein schreckhaftes Raunen von Mund zu Mund — und neue schwarz umrandete Rätsel steigen aus der Zeitung auf, am nächsten Tage schon, am übernächsten wieder.

Wieder gute Zeiten für Himmelstoß!

Soldatenmißhandlungen wie früher — Auslese aus deutschen Militärgerichtsakten der Gegenwart

Die Figur des königlichen preussischen Unteroffiziers Himmelstoß, der die ihm anvertrauten Rekruten-Kriegsfreiwilligen mit den Zahnbürsten den Boden der Mannschaftsstube scheuern und sie unter den Pritschen »Umsteigen in Unna« oder so ähnlich lernen läßt, ist durch Remarque und sein »Im Westen nichts Neues« nicht erst geschaffen worden; in Preußen-Deutschland waren die Himmelstöße immer da und unausrottbar, wenn auch zeitweise »beruflich« verhindert.

Im neuen Deutschland hat es seit Wiedererrichtung der »Wehrhoheit« folgende Militärstrafprozesse gegeben (wir zitieren wörtlich den Tenor von drei Urteilen verschiedener deutscher »Wehrkreisgerichte«, so, wie sie der Oberkriegsgerichtsrat R. aus Breslau, Mitglied des Ausschusses für Wehrrecht an der Akademie für Deutsches Recht, in der letzten Nummer der Fachschrift »Der Gerichtssaal« anführt.

Erster Fall:

»Der Angeklagte (Gefreiter) hatte als stellvertretender Korporalschaftsführer beim Nachsehen der Sachen, wozu er grundsätzlich als berechtigt anzusehen ist, sich ohne zwingenden Grund im erheblichen Umfang Sachen vorzeigen lassen, wozu im Augenblick keine Veranlassung vorlag, und zu einer Zeit (nach 19 Uhr), in der nach einem ihm bekannten Bataillonbefehl die Mannschaften nach Möglichkeit nicht mehr in Anspruch genommen werden sollten. Er hatte hierbei, offenbar wahllos, zahlreiche Namenszettel aus den Sachen der Leute getrennt mit dem Befehl, sie bis 21 Uhr wieder einzunähen. Bezeichnend ist dabei, daß er dies nicht etwa unter Erteilen von Rügen über falsches Einnähen oder entsprechenden Belehrungen, wie sie einzunähen seien, sondern kaltblütig, ohne ein Wort zu verlieren, getan hat. Wer so verfährt und noch dazu ohne ersichtlichen Grund die Leute auf der eigenen Stube in Gegenwart anderer Soldaten, die ihm nicht unterstellt waren, in unangebrachter Weise Exerzier-

übungen durch Hinlegen machen läßt und ihnen schließlich die Spinde ausräumt und dabei einen Teil der Sachen auf den Boden wirft, der läßt sich nicht mehr von erzieherischen Grundsätzen leiten, der schikaniert sinnlos... usw.«

Zweiter Fall:

»Der Angeklagte hatte als Rekrutenabteilungsleiter statt des vom Kompagniechef befohlenen Dienstes (theoretischen Arbeitsdienstes) für die ihm unterstellte Mannschaft Putzstunde angesetzt. Als der Stubenälteste einer Mannschaft, die dazu befehligt war, Gefreiter K. hiervon hörte, setzte er für sie die befehlswidrig angeordnete Putzstunde ab und erteilte den anwesenden Rekruten Befehl, zur Arbeitsstunde zu kommen. Während des Wegpackens des Putzzeuges und des Hervorholens der Bücher für den theoretischen Arbeitsdienst trat der Angeklagte einen Rekruten ins Gesicht. Es erscheint zweifelhaft, ob die von dem angetrunkenen Angeklagten befehlswidrig angesetzte Putzstunde überhaupt als militärischer Dienst gelten kann... Der Angeklagte, ein Unteroffizier, hat auf Soldaten eingeschlagen, dabei... mit der Möglichkeit gerechnet, daß diese Schläge auf seine Mannschaft, also Untergebene treffen könnten... usw.«

Dritter Fall:

»Wer in Aussicht stellt, daß er Stubendienst außer der Reihe verfügen wird, muß Vorgesetzter sein. Vorweg ist dazu berufen der Kompagnie- usw. Chef, nicht der Stubenälteste, da dieser nur zu Befehlen in Bezug auf die Stubenordnung befugt ist. Ein Befehl, stehen zu bleiben, als solcher kann nur kraft einer Befehlsbefugnis, also von einem Vorgesetzten erteilt werden. Da der Angeklagte vorgibt, ohne Vorgesetzter zu sein, einen militärischen Befehl erteilt und darüber hinaus in dienstliche Maßnahmen eingegriffen hat, Handlungen, zu denen nur Vorgesetzte berufen waren, so hat

er sich bewußt im Sinne des Pg. 120 strafbar gemacht... usw.«

Diese Auslese zeigt, wie es um den Durchschnittsrekruten und seine Behandlung bestellt ist.

Gewiß, die Uebeltäter wurden, wie diese Urteile ausweisen, bestraft. Aber »illegale« waren ja die königlichen und kaiserlichen Himmelstöße seinerzeit auch. Erwischen durfte man sich auch im alten Dienstreglement nicht lassen! Aber war das entscheidend? Entscheidend war vielmehr die hoffnungslose moralische Verfassung jenes Drills, den sie mit Verlogenheit »Disziplin« nannten, die Uebertragung der gutsherrlichen Junkergesinnung in die Sache der nationalen Verteidigung, der »friderizianische« Geist, der selbst in den Siegern von Leuthen meidet nichts anderes als die »Kanalle« sah. Und hier sind allerdings diese Militärgerichtsakten beweiskräftig: sie beweisen nämlich, auch gerade in der Häufung gleicher Fälle, daß die Hitlererei zwar dem deutschen Militarismus die phantastische Erweiterung und Verbesserung seiner Apparatur auf Kosten des Volksganzen gestattet, daß aber diesem technischen Plus ein mindestens ebenso bedeutendes Manko in der sittlichen Verfassung des Ganzen entgegensteht.

Selbstmord oder Hinrichtung?

Man hat sich langsam daran gewöhnt, in der deutschen Presse täglich Todesanzeigen zu finden, in denen es heißt: »SA-Rottenführer... starb plötzlich« — »Im Dienst verstarb...« »Durch Unglücksfall verschied in Ausübung seiner vaterländischen Pflicht...« Man versucht nicht mehr, aus der Rubrik »Unglücksfälle« zu ersehen, was dem so plötzlich Verstorbenen nun eigentlich geschah, denn dort steht ohnehin kein Wort darüber. Man weiß nur: die Menschen, die da ins Grabe beissen müssen, sind teils Vorkriegs-

nicht weniger Mut, nicht weniger Selbsthingabe erfordert als das des Krieges. Die neue Friedensfreundschaft soll nicht im weißen Flügelkleide erscheinen, sondern in eburner Ritterrüstung, stets bereit sich einzusetzen für Recht und Ordnung und für den Schutz der Schwachen in der Welt. Das heißt, sie muß auch das Risiko des Krieges auf sich nehmen und dadurch, daß sie das tut, kann sie an die Stelle eines Friedens, der nur eine Pause zwischen zwei Kriegen ist, einen dauernden Nichtkriegszustand setzen.

Der Feind, gegen den Steed die Welt zum Kampf anruft, ist nicht eine Nation, sondern eine Idee und ein System. Die feindliche Idee ist die der humanitären Weltanschauung Kants entgegengesetzte Staatsvergottung Hegels, das feindliche System ist das Diktatorsystem in jeder Gestalt. Eine Friedensgemeinschaft der Nationen ist nicht mehr möglich ohne Beschränkung der nationalen Souveränität, aber »autokratische Regierungssysteme, ausgerüstet mit einer mystischen Lehre vom göttlichen Recht der Könige oder vom göttlichen Blut der nordischen Rasse oder von den göttlichen Eigenschaften eines gottgesandten Führers können nicht jener Beschränkung der Souveränität zustimmen, die ihnen die ehrlche Mitgliedschaft an einer internationalen Gemeinschaft auferlegen würde.« Steed kehrt also zur Lehre Wilsons zurück, daß eine wirkliche Sicherung des Friedens nicht möglich ist ohne die Vernichtung jeder selbstherrlichen Macht. Der nationalen Selbstbefriedigung stellt er den Dienst der Nation an der Menschheit als Forderung entgegen. Hilfsbereitschaft soll eine Pflicht der Ehre sein. Diese Hilfsbereitschaft schließt

Risiken in sich — aber der riskolose Weltfrieden ist ja gerade das, was Steed nicht will. Uebrigens vermindern sich die Risiken mit dem Grade der Entschlossenheit. Man soll nicht vergessen, daß Sanktionen nur dann Krieg bedeuten, wenn ein Zweifel darüber besteht, ob sie gemeinsam und wirksam angewendet werden.«

Manchmal könnte man zur Meinung kommen, der militante Pazifismus Steeds laufe auf den alten Grundsatz hinaus: »Sic vis pacem, para bellum!« »Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg.« Aber das stimmt nicht, denn der Frieden, den Steed will, ist nicht der Frieden für ein einzelnes Land, sondern der durch militärische Ueberlegenheit der Friedensfreunde gescherte Frieden für alle.

Steeds Gedankengänge berühren sich in vielem mit jenen, die von der deutschen Sozialdemokratie vertreten werden. Sein Buch, wie sein gesamtes Wirken in dieser Zeit bedeutet für unsere schwere und opferreiche Arbeit eine wesentliche Hilfe. F. St.

Der 30. Juni auf der Berliner Volksbühne

Ueber die Aufführung von Gerh. Hauptmanns »Schluck und Jau« (Adolf und Hermann) berichtet die DAZ:

»... Aber es wird einem nicht recht behaglich dabei. Es liegt vermutlich nicht nur an unserem gesteigerten sozialen Empfinden. Daß der brutale Jau Opfer eines Scherzes wird, kann man durchaus hinnehmen, daß aber der Scherz an dem so unendlich gutartigen, seelisch viel feiner gestimmten Schluck gerade so erbarmungslos

durchgeführt wird, das empfindet man doch als eine wahrnehmbare Grausamkeit. Diesmal aber nur am Anfang... es verschieben sich die Gewichte... Das Ganze wird Trauerspiel... die Vornehmen träumen... (in Neudeck? Man dachte bisher, sie seien gerade erst richtig wachgerüttelt worden)... Dieses animalische Vieh... Jau... steht mächtig... als der Vertreter primitiver Lebensinstinkte auf der Bühne. Die Gutartigkeit des Sanguinikers verschwindet rasch, wenn er sich in seiner eingeredeteten Macht sicher fühlt. Die anfängliche Angst der Unsicherheit verzieht sich und an ihre Stelle rückt die selbstbewußte Inthronisierung der Niedrigkeit. Am Anfang ist es nur herrlich komisch, wenn der schwerfällige dicke Riese im Daunenbett mit seiner Krone erwacht und sich mit gesundem Widerstreben langsam in seine Fürstenrolle findet. Aber zuweilen wetteifert es bereits auch hier... tanzt... wie ein Golem über die Bühne, und allmählich treten die vornehmen Herren, die den Spaß so leichtsinnig entfesselt haben, immer mehr in den Hintergrund. Schließlich aber steht die Gefahr beinahe ungebändigt da, wenn dieser Jau auf seinen Freund Amok läuft, wenn die Damen und Herren auf- und niederspringen müssen, wie es Fürst Jau befiehlt, und wenn dieser schließlich kurz entschlossen den Doktor bittet, die vermeintliche Fürstin (Schluck) zu ermorden, weil sie ihm nicht mehr paßt... durch die schweigende Hofgesellschaft kriecht das Unheimliche...

Erstaunlich ist es, wie dieser Schauspieler

noch eine Steigerung darüber hinaus findet... indem nun bei der Erreichung einer scheinbar schrankenlosen Macht jäh die Angst in seiner Kehle hochsteigt, die Angst vor sich selbst, das Gefühl eines Menschen, der auf die Spitze eines Turmes geklettert ist, nicht vor und zurück kann und sich seiner gefährlichen Einsamkeit (des Isolierung) bewußt wird... bevor er wiederum in Schlaf fällt (Morphium?)... (Dem böartigen Narren wird selbst ein Thron zur Isolierzelle.) Diese Vitalität Jaus hüllt auch den sanften Schluck in eine Hybris... so daß man... die Grausamkeit... nicht mehr als einen leichtfertigen Spaß einer gelangweilten Gesellschaft empfindet. Denn zum Schluß... stehen... auf der Bühne... beinahe Don Quichotte und Sancho Pansa aus einer neuen Zeit... Es ist seltsam, daß man bei diesem Stück, das drei Stunden hindurch die Zuschauer zu immer neuen Lachausbrüchen führte, zu so ernsten Betrachtungen kommt... aber in den Mittel- und Endszenen mit den Hofherren hätte er doch etwas mutiger zum Rotstift greifen können... während die höfische Gesellschaft blaß wirkte. Daß aber der Diener, der gegen seinen Herrn revoltiert, dies deshalb tut, weil er von Jau geprügelt worden war, kam nicht recht heraus... Die Erschienenen, unter denen man auch Reichsminister Dr. Göbbels sah, dankten den Darstellern und dem anwesenden Dichter, der sich immer wieder zeigen mußte, durch einen gewaltigen Beifall.«

Wilhelmshaven rüstet auf

Die kaiserliche Weltmachtspolitik war die Geburtsurkunde für Wilhelmshaven; es war eine preußische Gründung. Für Preußisch-Deutschland war es undenkbar, daß der so notwendige Kriegshafen etwa Rüstingen werden konnte, denn dieser Ort liegt auf Oldenburger Gebiet. Als Ausdruck der Vorherrschaft Preußens mußte Wilhelmshaven entstehen, obwohl die Grenzen zwischen den Orten nur dem Einheimischen noch bekannt sind. So ist Wilhelmshaven auch ein Ergebnis der deutschen Kleinstaaterei, die heute noch nicht überwunden ist.

Wilhelmshaven wurde das Ausfalltor des deutschen Imperialismus, der in seiner besonderen preußischen Aktivität die Welt bedrohte. Hier entstanden auf der kaiserlichen Werft die Kriegsschiffe und jedes vom Stapel laufende Schiff brachte Deutschland dem Weltkrieg und seiner Niederlage näher. In Wilhelmshaven, deren einzige Existenzgrund oft genug mit dem Säbel, hier hielt er die berühmte Hunnenrede, die Deutschland in den Augen der ganzen Welt diffamierte. Wilhelmshaven war die auch gegen England gerichtete drohende Faust. — — —

Der Ausgang des Weltkrieges bedeutete den Ruin dieser künstlichen Siedlung Wilhelmshaven, deren einzige Existenzgrundlage die ehemals kaiserliche Werft war, neben einigen Privatbetrieben, die sich zur Ergänzung ansiedelten. Dazu kam dann noch die Garnison. Nachdem alle Schiffe durch den Krieg verloren waren, auf Reparationskonto nichts mehr zu bauen war, mußte Wilhelmshaven veröden. Auch eine Umstellung auf den Bau von Handelsschiffen war unmöglich, weil

die übrigen Seeschiffswerften immer weniger Aufträge hatten. Die Ersatzbauten für die kleine deutsche Marine waren wirtschaftlich ohne große Bedeutung.

Deshalb suchte die Stadtverwaltung jahrelang nach einer neuen wirtschaftlichen Basis. Als Fischereihafen war Geestemünde nicht zu schlagen und nicht einzuholen. Auch verkehrstechnisch lag Wilhelmshaven für das Binnenland zu ungünstig. Die Stadtverwaltung trug sich lange mit dem Plan, den ehemaligen Kriegshafen in ein modernes Seebad umzuwandeln, aber die hereinbrechende Krise bot nur trübe Aussichten.

Heute ist Wilhelmshaven wieder Kriegshafen mit steigender Bedeutung und der Gedanke an ein friedliches Seebad ist vergessen. Die Reichswerft ist bis zum äußersten beschäftigt, um die deutsche Weltmacht mit Kriegsschiffen nachdrücklich zu begründen. Nunmehr soll auch die frühere Untersesbootwerft wieder in Betrieb genommen werden. Wahrscheinlich kann Kiel dem geforderten Aufrüstungstempo allein nicht mehr genügen. Immer mehr Arbeiter werden nach Wilhelmshaven gezogen und entsprechend ist die Bautätigkeit. Es fehlt an Maurern und Zimmerleuten. Für die Werften mangelt es an den notwendigen ersten Facharbeitern, an Mechanikern, Drehmern, Werkzeugmachern für Präzisionsarbeit und Maschinen. Aber woher die geschulten Arbeiter nehmen, ohne die Rekrutierung für das Heer einzuschränken. Die deutschen Aufrüster haben ihre Sorgen... Die Löhne der Arbeiter sind Hitler-Löhne, Wortbruch-Löhne, denn die Verdienste sind

gering, daß sie auf dem Stand von 1909/1910 angekommen sind. In der Republik wurden auch die Löhne auf der Reichswerft zwischen den Gewerkschaften und der Marineleitung vereinbart und richteten sich nach den Tarifverträgen auf den übrigen Werften. Im Kasino der Werft versammelten sich die Arbeiter um ihre Klagen und Wünsche zu formulieren, die von dem Betriebsrat oder den Gewerkschaften vertreten wurden bis zum Ministerium. Das sind natürlich vergangene Zeiten. Jetzt herrscht wieder der rauhe, aber herzliche Befehlston.

Erheblicher Mangel herrscht an den Sparmetallen, vor allen Dingen an Kupfer, Zinn, Blei, Bronze etc. und mit irgendwelchem Ersatz kann man sich nicht befreunden, weil die Qualitätsverschlechterung auch die Leistungsfähigkeit beschränkt. Deshalb wird das Material überall gekauft, wo es nur zu haben ist. In den unterrichteten Kreisen auf der Werft ist es bekannt, daß viel Material aus England kommt, insbesondere von abgewrackten Schiffen. Der Kauf geschieht über Deckadressen und daß jüdische Händler dazwischen sind, schadet dem arischen Kriegsschiff keineswegs. Im Interesse der Friedenssicherung kann die Marineleitung den jüdischen Händler selbst mit dem besten Periskop nicht entdecken.

So blüht Wilhelmshaven wieder auf. Aber die Geister schlafen nicht und die Namen Köbes und Reichpietsch sind noch lebendig. Die Erinnerung ist wach an die »glorreichen« Kriegsjahre und ihr Ende! Es ist und bleibt ein Menetekel, dieses Wilhelmshaven.

Almanson.

Braune Germanen für Meinungsfreiheit

Die Völkischen halten die Entordnung der deutschen Menschen durch die Diktatur nicht mehr aus. Gleich drei Mann haben sich zusammen getan und bei Quelle und Meyer in punkto Rassenpflege ihren Protest niedergelegt. Drei Mann: Kühn, Stämmier und Burgdörfer. Wagte es einer allein nicht, so massiv gegen die Grundlagen des »totalen Staates« zu wettern? Völkische Zeitschriften bringen Auszüge aus der Aufsatzsammlung. Wir zitieren aus der »Kämpferin« einige markante Stellen:

»Der nordische Mensch urteilt nach seinem eigenen Gewissen, er nimmt nicht so leicht unbesehen in Kauf, was ihm von anderer Seite als wahr hingestellt wird... Es macht ihn zum Kämpfer für die gerechte Sache, macht ihn aber nicht zu unbehaglichen Untergebenen. Denn er wird die Kritik seines eigenen Urteils auch stets an seinen Führern ansetzen. Täte er das nicht, so wäre er eben kein nordischer Mensch...«

Tut er es jedoch, so kommt er unter Verschuß. Im Dritten Reiche sind also die nordischen Menschen im KZ und Kerker zu finden. Denn der Norde ist nun einmal ein Individualist reinsten Wassers:

»Die Urteilsfähigkeit und Wahrhaftigkeit führen zur Sachlichkeit, zur Objektivität, zum Individualismus... Würde man den nordischen Menschen in Deutschland vernichten, so ginge der deutsche Individualismus verloren. Vernichtet man den Individualismus, so kämpft man gegen eine der ausgeprägtesten (und vielleicht gegen eine der wertvollsten) Eigenschaften der nordischen Rasse...«

Der nordische Mensch neigt nicht zum Herdentier, er kommt zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit erst in der Einsamkeit.

Das steht wörtlich so dort, und damit kein Zweifel darüber bleibt, daß der Staat für das Individuum da ist und nicht umgekehrt, werden die Drei noch energischer. Sie warnen:

»Jede Staatsform, jede Lebensgestaltung, die allen Abstand von Mensch zu Mensch aufhebt, die versucht, den Deutschen zu einem Herdentier zu machen, wird zur Entordnung führen. Vergessen wir nicht, daß gerade der beste Teil unseres Volkes eine gewisse innere Einsamkeit gebraucht, daß er aus Individualisten besteht und mit diesem Individualismus die höchsten Leistungen hervorbringen kann... Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, den idealistischen Individualismus zu bekämpfen, weil wir damit den nordischen Menschen im deutschen Volke vernichten.«

Ähnliche Erkenntnisse verkündet der Liberalismus schon seit mehr, denn hundert Jahren, und zwar nicht nur für nordische Leute. Und zu den unveräußerlichsten Menschenrechten gehört die Geistesfreiheit. Auch die wird von den braunen Neugermanen gefordert:

»Individualismus hat zur Voraussetzung Geistesfreiheit.

Wird die geistige Freiheit vernichtet, so werden die Leistungen des nordischen Menschen aufhören. Er wird vielleicht noch die Kultur eines Welle erhal-

ten, wird aber selbstschöpferisch nicht mehr tätig sein. Geistige Freiheit in jeder Form, besonders in wissenschaftlicher und religiöser Hinsicht... Wahre Geistesfreiheit und innere Wahrhaftigkeit können an sich niemals zu einem Schaden für das Volk werden. Sie werden immer die besten Kräfte des Volkes zur Entfaltung bringen und dadurch für das Volk selbst Segen stiften.«

Was also muß geschehen, um zur Aufordnung des deutschen Volkes zu kommen?

»Rückkehr zur inneren Wahrhaftigkeit und Reinheit, die die Lebensgrundlagen des nordischen Menschen darstellen, scharfer Kampf gegen alles, was aus Unwahrheit und Lüge kommt. Bekenntnis zum Gesetz der Leistung, das zur Entfaltung der besten Kräfte führt. Schärfster Kampf gegen alle Vergünstigung ohne Leistung.«

Die Wahrhaftigkeit jedoch ist unmöglich, wenn sie verfolgt wird, darum lasse sich der Staat gesagt sein:

Schutzlos gegen Akkordschinderei!

Von dem weitgehenden Lohnabbau, den das Unternehmertum unter Duldung der nationalsozialistischen Regierung durchgeführt hat, sind nicht nur die Stundenlöhne und Gehälter betroffen worden, sondern auch die Akkordsätze. Dabei ist für die Akkordbezahlung häufig ein raffiniertes Berechnungssystem ausgeklügelt worden, das die Kontrolle durch die Arbeiter sehr erschwert, unter Umständen überhaupt unmöglich macht. Das Ergebnis ist, daß die in Akkord schuftenden Arbeiter oft noch größere Lohnkürzungen zu ertragen haben, als die anderen.

An diesem System hat das Unternehmertum verständlicherweise sehr viel Gefallen gefunden. Im Zeichen der Volksgemeinschaft hat es ihnen das Regime unter der Parole »Leistungslohn« ermöglicht, die wesentlich gesteigerte Ausbeutung bei wesentlich geringerer Bezahlung auch in der Form der Akkordarbeit zu allgemeiner Einführung zu bringen.

Die selbstverständliche Sicherung der Arbeiter, die früher der Unternehmer auf Verlangen der Gewerkschaften gewähren mußte, daß nämlich die Akkordsätze in einer Höhe festgesetzt werden müssen, daß mindestens der tarifliche Zeitlohn erreicht werden kann oder der Wochenlohn garantiert wird, ist im Dritten Reich beseitigt worden. Und da die Akkordsätze vom »Betriebsführer«, bezw. Treuhänder der Arbeit festgesetzt werden, ohne daß Verhandlungen darüber mit der Arbeiterschaft vorhergehen oder deren Zustimmung eingeholt werden muß, so kann sie sich bei dem bestehenden Terror gegen die unerhört verschärfte Ausbeutung nicht zur Wehr setzen.

Immerhin gibt es noch Arbeiter, die mit

»Ein Staat aber, der in dieser und in anderer Hinsicht die Ehre seiner Volksgenossen verletzt, der sie zu einer unehrenhaften Handlungsweise, Unterwürfigkeit, Gesinnungsalumperei zwingt, darf nicht erwarten, auf diesem Boden einen Staat der Ehre aufbauen zu können.«

Wenn das alles einen politischen Sinn haben soll, so wird hier im Namen der Aufordnung ziemlich drohend die Meinungsfreiheit der verdammten Demokratie gefordert! Wir haben uns aufs Zitieren beschränkt, denn zu diesem Pronunziamento ist von unserer Seite nicht mehr viel zu sagen; es richtet sich gegen alle Grundlagen und Sicherungen des braunen Zuchthausstaates, ist das Kräftigste an Meckerei, was seit 1933 aus dem völkischen Lager hörbar wurde und beleuchtet die tiefen Gegensätze, die das hakenkreuzerische Lager bis aus den Grund zerspalten. Maulkorb, Gesinnungslumperei und Korruption fangen an, den Neugermanen fürchterlich zu werden.

den Resten der zertrümmerten Sozialgesetzgebung ihr soziales Recht wahrnehmen zu können glauben. Einer von ihnen hat eine Klage bis vor das Reichsgericht gebracht. Er klagte, daß der Unternehmer gehalten sei, bei einer Akkordvereinbarung in jedem den tariflichen Mindestlohn zu zahlen.

Wie gesagt: früher — in der »Systemzeit« — war das eine Selbstverständlichkeit! Aber im Dritten Reich verneinen sogar die Arbeitsgerichte diesen selbstverständlichen Schutz der Arbeiter vor der Ausbeutungsgier der Kapitalisten! Auch das Reichsarbeitsgericht hat die Klage des Arbeiters abgewiesen!

In der Begründung dieses Spruches heißt es u. a.:

»... Das Ziel der Akkordarbeiten sei eine Besserbezahlung der besseren Leistung. Die Frage sei nur, wie dieses Ziel von einer Tarifordnung erreicht werde. Die Tarifordnung könne bestimmen, daß der Verdienst des Akkordlöhners mindestens dem des Stundenlöhners gleichkommen müsse, sie könne sich aber auch damit begnügen, für die Aufstellung der Akkordsätze Richtlinien zu geben, die nach menschlichem Ermessen dem Akkordlöhner dieselbe Sicherheit böten. Letzterenfalls nehme sie in Kauf, daß einmal wider alles Erwarten das erstrebte Ziel nicht erreicht werde und der Verdienst des Akkordlöhners ausnahmsweise sogar unter dem des Stundenlöhners bleibe. Es spreche jedoch alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Akkordlöhner den Stundenlohnverdienst überschreiten und den Akkordrichtsatz erreichen könne und daß der Mißerfolg eines einzelnen auf diesen selbst zurückzuführen sei. In dem vorliegenden Fall hätten unter gleichen Bedingungen arbeitende Lehrlinge d'ie Richtsätze überschritten, während der Kläger durch müßige Unterhal-

tungen Zeit vergeude und infolge erst begonnener Umschulung die durchschnittliche Arbeitsfertigkeit noch nicht besessen habe. Akkordsicherungen der erwähnten Art würden getroffen, weil sie sich entweder aus Gründen der Arbeitstechnik rechtfertigen oder weil der Betriebsführer den Akkordarbeiter nicht in der gleichen Weise unter Aufsicht zu stellen brauche wie den Zeitlehner.«

Das ist allerdings eine Begründung, die ein Syndikus irgendeines privatkapitalistischen Unternehmens nicht besser niederschreiben könnte! Sie überläßt die Arbeiter schutzlos der Akkordschinderei und ermuntert die Kapitalisten noch zu ihrer Steigerung.

Neue Höchstpreise

Seit dem 9. November sind neue Höchstpreise für Fleisch und Wurst in Kraft. Das Statistische Reichsamt hat errechnet, daß angeblich nur in einer kleineren Zahl von Gemeinden eine Erhöhung der bisherigen Preise zu verzeichnen sei. Wahrscheinlich wird davon aber die Mehrheit der Bevölkerung betroffen. Die erneute Verteuerung muß sich um so empfindlicher auswirken, als seit dem Vorjahre die Preiserhöhung für Fleisch- und Wurstwaren ganz außerordentlich beträchtlich ist. In dem vom Statistischen Reichsamt errechneten Lebenshaltungs-Index wird folgender Index für die Fleischpreise angeführt (1925/29 ist gleich 100):

	März 1935	September 1936	Steigerung
Rind, Kochfleisch mit Knochen	65,1	71,6	10%
Schweinebauch	69,9	72,2	3%
Hammelfleisch	71,4	93,6	31%
Kalbfleisch	64,3	95,2	49%

Nach dieser Preissteigerung innerhalb von eineinhalb Jahren bringen nun die neuen Höchstpreise eine abermalige Verteuerung der Fleisch- und Wurstwaren.

Ein Weihnacht

»... Außerdem ersucht der Gauamtsleiter alle Berufskameraden, die Absicht des RLE, auch die Schuljugend vom 10. Lebensjahr ab klassenweise geschlossen dem Luftschutz zuzuführen, weitestgehend zu unterstützen. Er weist darauf hin, daß gerade das Weihnachtsfest eine besondere Gelegenheit für Sohenkung von Mitgliedskarten an Jugendliche ist.«

»Preußische Zeitung«, Nr. 325.

Geschichtswissenschaft

In einer Königsberger Versammlung sprach der stellvertretende Gauleiter für Ostpreußen, Großherr, im Bericht heißt es:

»An Hand eines gedrängten geschichtlichen Rückblicks über die Entwicklungsgeschichte unseres Volkes wies der Redner nach, daß wir über 2000 Jahre brauchten, um die Erfüllung unserer Sehnsucht, die völkische Einheit, zu erhalten.«

Für 2000 Jahre Sehnsucht sind 1000 Jahre Drittes eigentlich in jeder Beziehung zu wenig.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts«; Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts«; Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts«; Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts«; Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts«; Budapest Nr. 2020. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«; Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.